

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt) Robert Viktorius, Magdeburg. Verlag von Bernhard Harbaum, Magdeburg, Neustadt. Druck von Franz Vethge, Magdeburg. Reichsstraße: Dreiecksweg 127. Redaktion: Dreiecksweg 127 (Eingang Schrotbockstraße). Fernsprech-Anschluss Nr. 1567.

Bedaueranda zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frangobrief) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Gm. 17 Pf., 2 Gm. 29 Pf. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 250 zzt. Beleggeld. Einzelne Nummern (einschl. der Monatsbeilage, sowie der Sonntagsbeilage Die Neue Welt) 10 Pf. Inserentenbeleg die fünfgepaltenen Beilagen 15 Pf. Post-Zeitungsliste Nr. 7779.

Nr. 11.

Magdeburg, Freitag, den 13. Januar 1899.

10. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Magdeburger Justiz.

Preskripten.

Vorwärts: Wir haben gestern das Urteil in dem Magdeburger Majestätsbeleidigungs-Prozess mitgeteilt, dessen Opfer unser Parteigenosse Müller, der verantwortliche Redakteur der Volksstimme geworden ist. Das Urteil ist noch härter, als uns gestern mitgeteilt worden ist: In die vier Jahre und einen Monat sind nur zwei, nicht zehn Monate einer noch zu verbüßenden Strafe eingerechnet. Fast fünfzig Monate aus dem Dasein eines Menschen gestrichen für ein Wort! Ein Leben vielleicht für immer vernichtet — wegen einer unüberlegten publizistischen Handlung! Gewiß, wir vermissen nicht die Thal zu entschuldigen, die zu dem Prozess den äußeren Anlaß gegeben hat. Es ist die in dem Blatt erzählt wurde, war plump und geschmacklos. Es ist zudem ihrüch, deraufliches zu erzählen, selbst wenn es wahr wäre. Denn das Majestätsbeleidigungsverfahren läßt nicht den Wahrheitsbeweis zu; und das Vorgehen hat noch nicht den Mut gefunden, diesen beispiellosen Rechtswiderspruch zu tilgen. Aber unser Bedauern über den Mißgriff unseres Parteigenossen verschwindet vor dem Unwillen über die Höhe des Strafmaßes, das die Magdeburger Strafkammer angewendet hat, zumal einem Manne gegenüber, der, wie durch drei Zeugen erhärtet worden ist, nur durch ein Versehen des verantwortlichen Redakteurs genannt worden ist, während er die redaktionellen Geschäfte in Wirklichkeit nicht mehr besorgte. Das Magdeburger Gericht schenkte dieser Versicherung keinen Glauben, und es verhängte eine Strafe, wie es selbst in der gegenwärtigen Ära der Majestätsbeleidigungs-Prozesse bisher noch nicht dagewesen ist. Freilich ist die Magdeburger Justiz nur auf dem Wege fortgeschritten, auf dem sie seit Jahr und Tag betritten wird. Die Magdeburger Justiz scheint den Beweis experimentell führen zu wollen, daß es auch mittels des gemeinen Rechts möglich ist, die Sozialdemokraten zu bekämpfen. Kein Tag vergeht fast, ohne daß wir von einer neuen Maßnahme des dortigen Gerichts gegen Parteigenossen hören. Staatsanwälte und Landgerichtsräte ringen um den Preis in diesem jähren Kampfe gegen eine verhasste Partei. Vieh vor Jahr und Tag der unvergessene Staatsanwalt Majzier einen in Untersuchungshaft gesperrten Presshändler in Fesseln legen, weil ihm ein Stückchen Wurst zugestekt war, brachte es eine Magdeburger Kammer fertig, in einem Majestätsbeleidigungs-Prozess gegenwärtig die Anerkennung der Ehrenrechte zu beschließen, so daß heute das unter dem Vorsitzenden Frömmel tagende Gericht die Anerkennung beantragt, daß ihr in der Hochkath der Majestätsbeleidigungs-Klagen das höchste gelungen ist. Vier Jahre ein Monat Gefängnis — wegen einer journalistischen Unvorsichtigkeit! Die heutige Zeit genahmt ernstlich an jene Ära der Majestätsbeleidigungsprozesse, die vor 20 Jahren durch die Attentatsbeuge bedingt wurden. Damals verurteilte an einem Tage, am 8. Juni 1879, die 7. Strafkammer in Berlin sieben Personen wegen Majestätsbeleidigung zu 22 Jahren und 6 Monaten Gefängnis. Damals gelaugte auch das äußerste Strafmaß — 5 Jahre Gefängnis — zweimal zur Anwendung. Wir sind nicht mehr weit entfernt von jenen Tagen und die Magdeburger Justiz scheint bereits das Ziel von damals völlig erreicht zu haben.

Berliner Zeitung: Die Magdeburger Strafkammer ist wegen ihrer dramatischen Urteile gegen Anhänger der Sozialdemokratie bekannt. Mehr als einmal sind ihre Urteile vom Reichsgericht einer scharfen Kritik unterzogen worden. Circa vier Jahre Gefängnis, eine Strafe, wie sie gegen Straßräuber und Diebstahlstäter selten verhängt wird, sind unseres Wissens weder in Magdeburg, noch sonst irgendwo einem Majestätsbeleidiger jemals zubilligt worden. Weil über die Kreise der Sozialdemokratie hinaus wird dieses Urteil weltliches Aufsehen erregen.

Germania: Wir kennen den Artikel nicht. Aber ein so hohes Strafmaß muß selbst in unserem Zeitalter der Majestätsbeleidigungen großes Aufsehen erregen.

Berliner Abendpost: Das Urteil wird zweifellos großes Aufsehen erregen, denn soviel uns bekannt, ist eine Strafe von solcher Höhe noch niemals wegen Majestätsbeleidigung verhängt worden.

Berliner Börsenzeitung: Großes Aufsehen erregt die Verurteilung des Redakteurs August Müller von der Magdeburger Volksstimme.

Berliner Herald: Aus Magdeburg wird von einer Verurteilung von **sechser Schwere** wegen Majestätsbeleidigung berichtet — In der Behauptung des Vorwärts: „Ein Unschuldig ist verurteilt worden,“ handelt es sich nur um die formale Frage der Haftung des verantwortlichen Redakteurs als Täter; da Herr Müller dem Verfaßer oder sonstigen Schuldigen nicht genannt hat, so hatte das Gericht es jedenfalls mit ihm allein zu thun. Die Frage des Strafmaßes aber ist eine andere.

Der nationalliberale Parteitag in der Pfalz.

Die Partei Drehscheibe oder richtiger gesagt ein Teil derselben, die nationalliberale Partei der Pfalz, hat kürzlich einen Parteitag abgehalten und dabei dem an die Spitze dieses Tages gestellten Spottnamen wieder alle Ehre gemacht. Die verschieden gearteten Elemente, welche dort zusammengekommen sind, haben das Kunststück fertig gebracht, „das Banner der nationalliberalen Partei unentwegt und voll und ganz weiter hochzuhalten.“ Das Kunststück wurde aber nur mit Hilfe der bekannten bewährten Drehscheibe, die sich nach dem jahrelangen Gebrauch freilich schon etwas quitschend dreht und deshalb bei jeder neuen Militärvorlage frisch geölt werden muß, möglich gemacht.

Die Nationalliberalen der Pfalz sind bekanntlich zum größten Teil Hörige des Bundes der Landwirte geworden. Die Herren treiben Agrarpolitik, wie sie begehrt nicht von den preussischen Junkern betrieben werden kann. Wie diese mit dem Hochschulgüter von der Saar, dem Herrn von Stumm, im Bunde sind trotz der anscheinend entgegengesetzten Interessen, so sind die pfälzischen Nationalliberalen ein Herz und eine Seele mit dem Lederkönig von Worms, dem nationalliberalen Abg. Frhrn. Hehl zu Herrnsheim. Die beiden Großindustriellen sind durch die ihnen gewährten Schutzvorteile zu vielfachen Millionären geworden und können nun der Landwirtschaft, die sie für die Ausnutzung ihrer politischen Gelüste namentlich der Arbeiterbevölkerung gegenüber gebrauchen, ebenfalls die Schutzvorteile. Daher kommt auf dem pfälzischen Parteitage die anscheinende Harmonie zwischen den Vertretern ländlicher und städtischer Interessen, über die in der nationalliberalen Presse gegenwärtig so sehr gejubelt wird. In der Nationalliberalen Korrespondenz ist zu lesen: „Harmonischer und erhebender, wie es thatsächlich geschehen ist, hätte der Parteitag nicht verlaufen können. Da gab es nicht die geringste Disharmonie; nicht der geringste Zwiespalt, sondern der Sinn der Einigkeit und der Zusammengehörigkeit sprach aus allen Lippen. Freudig berührte es, daß die eifrigsten Vorkämpfer der Landwirtschaft wiederholt erklärten, daß ihnen nichts ferner liege, als eine Schädigung der Industrie und des Handels, daß sie nur in so weit eine schärfere Rücksichtnahme auf die Not der Landwirtschaft verlangen, als dadurch nicht andere Erwerbsstände geschädigt werden.“

Der Jubel hat aber doch wenig Berechtigung, im Grunde sind es doch nur schöne Redensarten, die da verzapft wurden. Bei den Abstimmungen im Reichstage zeigt sich ja gewöhnlich bei agrarischen Fragen, daß der eine Teil nach rechts, der andere Teil nach links fällt und die nationalliberale Partei sich sozusagen selbst aufhebt. Nur der agrarische Flügel ist von Jahr zu Jahr stärker geworden, weil der Bund der Landwirte immer mehr Angehörige der Partei seinem Programm unterjocht hat. Und man muß es dem Bunde lassen, über eine straffe Organisation verfügt er und wenn ein nationalliberaler Bundesbruder es sich wirklich doch einfallen lassen sollte, den Gedanken in die Praxis zu überlegen, eine schärfere Rücksichtnahme auf die Landwirtschaft nur in soweit zu verlangen, als dadurch nicht andere Erwerbsstände geschädigt werden, so würden diese Nationalliberalen bald die Erfahrung machen, daß sie aus dem Bunde ausgeschlossen werden. Mit der Zugehörigkeit zum Bunde der Landwirte ist aber auch die Zugehörigkeit zum Reichstage verknüpft und um das Mandat zu erhalten, werden sich die Herren hüten, wider den Stachel zu lösen.

Der neugewählte Abgeordnete für Germersheim-Bergzabern, Herr Sander, sprach auf dem Parteitage die stolzen Worte aus, der Bund der Landwirte könne in der Pfalz nur nationalliberal sein und man könne ganz gut Mitglied des Bundes sein und doch bis in die Knochen hinein nationalliberal. Der Ausspruch beweist nur, wie tief der Nationalliberalismus von heute herabgekommen ist. Ein Liberalismus, der die einseitigste Interessenpolitik, die unverkämteste Liebesgabenpolitik auf Kosten der großen Masse unterstützt, darf sich nicht mehr liberal nennen. Im Süden war es, auf dem Parteitag der Nationalliberalen in Heidelberg, wo diese Partei endgültig ihren Liberalismus verkaufte und verriet. Der letzte pfälzische Parteitag beweist, wie konsequent die Partei der Bemühten und Haummacher auf dieser antiliberalen Bahn weiter fortgeschritten ist.

Wenn etwas das reaktionäre Wesen dieser Leute illustriert, so ist es ihre Stellung zur Sozialpolitik. Auch von ihr war auf dem pfälzischen Parteitage die Rede, natürlich nur ganz nebenbei. Herr Dr. Würklin der frühere Abgeordnete und Hoftheaterintendant meinte, daß bei der Sozialpolitik das Sprichwort „Gilt mit Weile“ gelte. Man müsse sich ebenso vor einem zu raschen als vor einem zu langsamen Tempo hüten. Das „zu rasch“ oder „zu langsam“ in der Sozialpolitik seien sehr schwierige Fragen. Was hier Herr Dr. Würklin gesagt hat, das kann auch der Scharfmacher von Stumm guten Gewissens unterschreiben, ohne seinem Herzensinnern untreu zu werden. Man wird aus dieser Kundgebung aber einen Schluß ziehen dürfen, wie gering die neuliche sozialpolitische Staatsrede des Abg. Wassermann zu bewerten ist.

Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Die Berliner Bürgermeisterei-Affaire ist noch verwickelter geworden durch eine Erklärung des Stadtverordneten Kreitzing im Frömmigen Verein vor dem Halleischen Thore. Herr Kreitzing nahm an, daß außer der Frage der Inschrift noch die Schloßparkprojekte eine nicht unbedeutende Rolle spielten. Es wird eine vollständige Ver-

wandlung des Schloßplatzes verlangt, die der Stadt 3 1/2 Millionen Mark kosten. —

In einer Berliner Zeitung war behauptet worden, daß die Inschrift auf dem Portal des Friedhofs lauten solle: „Den Märzgefallenen.“ Das ist falsch. Die Aufschrift sollte lauten: „Muhstätt der in den Märztagen 1848 in Berlin Gefallenen.“ —

Der Triumphzug des Herrn v. Köller in Hadersleben wird von süddeutschen Blättern mit sehr gemischten Gefühlen betrachtet. Bemerkenswert ist ein Urteil der Münchener Allgemeinen Zeitung, wir lassen es hier folgen: Ueber die Festlichkeiten, die in Hadersleben zu Ehren des Oberpräsidenten v. Köller veranstaltet werden und den harten Maßnahmen gegen die deutschfeindlichen Elemente den Charakter einer Art Sportbeistimmung aufprägen, werden wohl auch viele von denen keine rechte Freude empfinden, welche die Ausweisungen gebilligt haben. Selbst wenn solche Maßregeln zur Unterdrückung der dänischen Agitation notwendig wären, blieben sie immer ein notwendiges Uebel und sollten nicht die Veranlassung zu geräuschvollen Festen geben, welche die Erbitterung steigern und von den Betroffenen wie ein Hohn auf ihr verdientes oder unverdientes Unglück betrachtet werden müssen. —

Der Apenniner Landrat fordert alle in der Stadt sich dauernd aufhaltenden Dänen, welche 1877—1879 geboren sind, auf, sich zur Vermeidung alsbaldiger Ausweisung aus dem Reichsgebiet als militärschuldig zur Stammrolle anzumelden, wodurch sie den Willen bekünden, preussische Unterthanen zu werden. Zugleich haben dieselben ein Gesuch um Aufnahme in den preussischen Staatsverband einzureichen. Sind dies Maßnahmen zu einer neuen Ausweisungspolitik?

Mehrere Gemeindevorsteher in Nordschleswig sind in letzter Zeit ihres Amtes enthoben, angeblich weil sie eine Konnivenz gegenüber denischen Bestrebungen bekundeten.

Aus Berlin ausgewiesen wurde der Kellner Strauch. Er ist Oesterreicher, stand einer politischen Bewegung vollkommen fern. —

Der Boigtändische Anzeiger veröffentlicht einen Erlaß der österreichischen Regierung an die Grenz-Bezirksämter, welcher diese bereits unter dem 21. September 1898 anweist, Material zu erfolgreicher Reklamation wegen des Verhaltens der deutschen Regierung in Bezug auf die Ausweisungen erkrankter Oesterreicher zu sammeln. Die Magdeburgische Zeitung bedauert einen Zustand im Deutschen Reich, bei dem das Centrum zur ausschlaggebenden Partei im Reichstage und das Lösungswort „Katholisch ist Trumpf“ mit einer immer unerträglicheren Annahme sich geltend machen darf. — Wir begreifen die Entrüstung. Wer hat aber diesen Zustand verschuldet? Diese Frage können die Nationalliberalen sehr leicht selbst beantworten, indem sie sich des Kulturkampfes erinnern, den sie mit Bismarck an der Spitze gegen das Centrum geführt haben. —

Eine Besteuerung der großen Warenhäuser stellt der Dresdener Oberbürgermeister Wenker in Aussicht. —

Die baldige Abschaffung der zweijährigen Dienzeit fordert die Kreuzzeitung und hofft, daß die Reichsregierung dem wüthen Gelächter der Oppositionsparteien gegenüber entschlossen Stand hält. —

Wegen Majestätsbeleidigung war kürzlich ein junger Mann aus Keimkirchen bei Saargemünd verhaftet worden. In der jetzt stattgehabten Strafkammer-Verhandlung wurden dem Frevler zwei Monate Gefängnis zubilligt. —

Die Strafkammer des Landgerichts Braunschweig verurteilte den Redakteur Heymann vom dortigen sozialdemokratischen Volksfreund wegen Beleidigung des Staatsministers v. Otto zu fünf Monaten Gefängnis. Die Beleidigung erfolgte durch eine Rede in einer Versammlung und deren Abdruck. —

Nachrichten aus dem Auslande.

In der Wiener Fahrradindustrie ist eine bedeutende Krise ausgebrochen. Fortgesetzt werden Arbeiter entlassen.

Bei der Wahl des Präsidenten der französischen Kammer wurde Deschanel mit 323 Stimmen gewählt, Brisson erhielt 187 Stimmen. Sodann wählte die Kammer die bisherigen Vizepräsidenten Aynard, Firmin Faure, Cochery und Mesureur wieder. Nach Beendigung der Wahl des Bureaus vertrat sich die Kammer bis Donnerstag. Die mit großer Spannung erwartete Besprechung der Angelegenheit Beaurepaire wird voraussichtlich an diesem Tage stattfinden. —

Die Militärverwaltung der Vereinigten Staaten hat hundert Jahrsärzte mit Lieutenantrang eingestellt. —

Revolutionäre Unruhen in Bolivien (Südamerika) waren vor einigen Tagen gemeldet worden. Jetzt berichtet die bolivianische Gesandtschaft in Paris, daß diese Unruhen beigelegt seien und in Bolivien vollständige Ruhe herrsche. Die Unruhen hätten ihren Grund darin gehabt, daß man den Versuch machte, den bisherigen Zustand, den sich die Regierung zwischen den Hauptstädten der Republik wechseln zu lassen, dadurch aufzuheben, daß man als ständigen Sitz der Regierung Sucre festsetzte. Dem Bericht wird hinzugefügt, daß die Handelsbeziehungen durch die Unruhen nicht verfehrt worden seien.

Parlamentarische Nachrichten.

Stimmungsbericht aus dem Reichstage vom 11. Januar.

Die heutige Sitzung dauerte beinahe sieben Stunden. Der Präsident führte seine Absicht, die Fleischnot-Debatte heute zu beenden, durch. Nachdem nach etwa zweistündiger Debatte einem Schlussantrage von der linken Seite, welche Vertagung wünschte, widersprochen war und dieser Schlussantrag in namentlicher Abstimmung abgelehnt worden war, ließ der Präsident die Sitzung weiter dauern und die große Rednerliste sich noch völlig erschöpfen. Im ersten Teil der Sitzung stand die linke Seite des Hauses im Rahmen einer gewissen Resignation. Auch unser Genosse Stolle, der eine recht gut vorbereitete Rede hielt, die mit vielem statistischen Material ausgestattet war und eindringlich vorgetragen wurde, vermochte diesen Mann nicht zu brechen. Dann ließ der agrarische Präsident von Frege einen agrarischen Redner nach dem andern aufmarschieren, darunter den Abg. Dr. Köstke, den zweiten Vorsitzenden im Bunde der Landwirte, der sich als ein Dauerredner schlimmster Sorte entpuppte, und die Debatte blieb infolge dessen auf niedrigstem Niveau. Erst mit der Rede des ober-schlesischen Centrums-Abgeordneten Stephan der gewis zu seinem Leidwesen dem süddeutschen Centrumsabgeordneten Gerstenberger entgegenzutreten mußte, weil er von der hungernden katholischen Bevölkerung Oberschlesiens gewählt ist und diese Thatsache nicht gänzlich ignorieren konnte, kam wieder etwas Leben „in die Hude“. Auch Herr Ricker hatte diesmal ausnahmsweise keinen schlechten Tag und lockte den Landwirtschaftsminister in eine oppositionelle Stellung zu den Hauptstreikern unter den Agrariern, dem Bunde der Landwirte und seinen extremen Forderungen. Als damit die milde Stimmung umgeschlagen und sich gar auch noch unser Genosse Haase aus Königsberg zum Wort gemeldet hatte, da wollte die Rechte mit den Nationalliberalen schleunigst Schluss machen. Genosse Singer bereitete diesen Plan geschickt. Mit Hilfe der Freisinnigen, der Antisemiten und eines großen Teiles des Centrums wurde der Schlussantrag abgelehnt und Genosse Haase kam noch zum Wort. Er krönte die Rede der linken Seite mit seinen Ausführungen, die ebenso treffend, wie in der Form ausgezeichnet waren. Die heutige Rede zeigte, welche wertvolle Kraft die Fraktion in Haase gewonnen hat und ließ deutlich erkennen, welchen starken Anteil seine Person an den Erfolgen der Partei in Ostpreußen für sich in Anspruch nehmen darf, so weit überhaupt persönliche Einflüsse dabei eine Rolle spielen können und nicht die Verhältnisse selbst naturnotwendig zur sozialistischen Entwicklung drängen. Die Hiebe des Genossen Haase hatten gesehen. Graf Posadowsky quittierte darüber mit der billigen Erwiderung, daß unser Genosse die Regierung grundlos verdächtigt habe. Auch zwei Redner aus dem agrarischen Süden Deutschlands fügten sich beiläufig, gegen Haase zu polemisieren. Sie thaten es mit dem ganzen Ungeschick parlamentarischer Redlinge und des Lachens auf der linken Seite des Hauses wollte kein Ende werden. Selbst der gräßliche Präsident mußte hiers herzlich lachen und wischte sich die Lachstränen mit einem übrigens ganz polizeiwidrig roten Taschentuch aus den Augen. Eine Flut von persönlichen Bemerkungen brach schließlich noch über das Haus herein. Der Präsident glättete die Nebelwogen und verlagte die Beratung der noch auf der Tagesordnung stehenden Militärvorlage auf morgen.

Die Verhandlungen im Reichstage.

(Eigener Bericht.)

Bg. Berlin, den 11. Januar 1898.

Am Tische des Bundesrats: Graf Posadowsky.
Zu Mitgliedern der Kommission für Arbeiter-Verhältnisse: Dr. v. Bötticher (Centr.), Petzold (Centr.), Jaksch (Centr.), Schmidt-Wingen (Freis. Vp.), Moltenbahr (Soz.), Herrl zu Herrnsheim (natl.) und Rauermeyer (Reichsp.).
Zu Mitgliedern der Reichsschulden-Kommission: Dr. v. Bötticher (Centr.), Petzold (Centr.), Schmidt-Wingen (Freis. Vp.), Moltenbahr (Soz.), Herrl zu Herrnsheim (natl.) und Rauermeyer (Reichsp.).

Es folgt die Fortsetzung der Beiprägung der Interpellation von Wangenheim betr. die Fleischnot.

Abg. Stolle (Sozialdemokrat):

Herr von Wangenheim hat es gefehert befragt, daß die Frage der Fleischnot zu sehr partiipolitischen Standpunkt aus behandelt worden ist, und er hat ferner unter Anführung eines großen Zahlenmaterials den Beweis zu führen gesucht, daß eine Fleischnot nicht existiert. Was das erste anlangt, so haben bis jetzt lediglich die Viehproduzenten ihre Interessen vertreten; nun muß es auch gestattet sein, die Frage vom Standpunkt des Konsumenten aus zu behandeln und was das zweite betrifft: wie kommt es denn, daß eine der Herren der Rechten doch nahe liegende Körperhaft, wie die Verwaltung der verunglückten Königs- und Laurahütte in Oberschlesien einen Vertrag abgeschlossen hat, wonach wöchentlich eine Zufuhr von 30 Schweinen ihr zu sichern ist, damit sie ihre Arbeiter mit genügendem billigen Schweinefleisch versorgen kann? Es ist mir unverständlich, wie man sagen kann: Die Viehproduktion reicht vollkommen für den Inlandsbedarf aus. Die Zufuhr von geschlachteten Schweinefleischprodukten nimmt beständig zu; aber diese können die Vieheinahme nicht ersetzen; denn dieses Fleisch hat bedeutend geringeren Nährgehalt. Überall ist die Zahl der geschlachteten Schweine zurückgegangen und doch nicht deshalb, weil die Fleischpreise blosslich nicht mehr schlachten wollen. Die Fleischnot beruht auf den Konsumenten und die Regierung hat doch nicht nur die Aufgabe, die Interessen der Viehzüchter zu schützen, sondern sie hat in erster Linie sich der Interessen der kleinen Leute anzunehmen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Den Arbeiter trifft infolge der Preissteigerung eine sehr große Belastung. Im Königreich Sachsen ist die Fleischnot von 26 1/2 Kilo im Jahre 1896 auf 25 1/2 Kilo im Jahre 1897 zurückgegangen. Früher betrug der Preis für ein Pfund Schweinefleisch 60 Pfg.; heute werden 80 Pfg. gezahlt. Das bedeutet für den Arbeiter mit Familie ein Mehr von 20 Mark. Die Herren der Rechten schieben die Schuld an den hohen Preisen auf Händler-

zünge und die Fleischer. Das ist aber keineswegs richtig. Auch die Engrospreise für Fleisch sind hoch. Wie die Fleischnot wirkt, das zeigt eine Annahme in schlesischen Arbeiterblättern, worin prima fettes Rind- und Schweinefleisch angeboten wurde. Wenn der Arbeiter schon zu solcher Nachfrage keine Lust hat, nehmen muß, dann können Sie doch nicht verlangen, daß eine Fleischnot besteht (Lachen rechts), darüber können Sie wohl lachen, die Sie mit gestilltem Portemonnaie das fetteste und feinste Fleisch kaufen können. Trotzdem verlangen die Herren rechts die Aufrechterhaltung der Grenzsperrn. Künstlich wird dabei das Interesse des Kleinbauern vorgehoben. Dabei beweist die Statistik, daß nur die großen Landwirtschaftsbetriebe über 10 Hektar ihren Viehbestand vermehrt haben, die Betriebe unter 10 Hektar aber eine Verminderung des Viehstandes aufweisen. Deshalb ist es ganz falsch, wenn der Abg. Gerstenberger sagt, im Interesse der Bauern müßten wir die Grenzen zuhalten; nein, zum Schaden der Bauern haben Sie die Grenzen aufgehoben. (Heiterkeit.) Vom Herrn Minister wie vom Abg. v. Wangenheim ist die Seuchengefahr als Grund für die Grenzsperrn angeführt worden. Ich verkenne natürlich nicht diese Gefahr, aber sie muß erst konstatiert werden. In den holländischen Grenzgebieten z. B. ist das Erscheinen der Seuche amtl. konstatiert worden, ohne daß doch unsererseits die Grenzsperrn dort aufgehoben wäre. Will denn unsere Regierung eine solche Erklärung der holländischen Behörden gar nicht? Und glauben Sie etwa, daß die Ministerien von Holland, Belgien, Desterreich und Rußland so leichtsinnig sind, um nicht alles mögliche zur Bekämpfung der Seuche im eigenen Lande zu thun? Also die Seuchengefahr ist nicht der richtige Grund, sondern vielmehr das Interesse der Grundbesitzer, das Sie zu Ihren Maßnahmen bewegt. Dagegen lohnt es sich wohl auf die Seuchengefahr im Inlande hinzuweisen. In Ost- und Westpreußen z. B. befinden sich die Viehställe häufig in einem schauerlichen Zustande und genügen namentlich in gesundheitlicher Beziehung durchaus nicht den berechtigten Anforderungen. Das Vieh steht oftmals in Jauche, Kot und Schlamm (Heiterkeit rechts) und daß die Maul- und Klauenseuche gefördert wird, ist selbstverständlich. Hier müßte die Regierung angehalten werden, Gegenmaßnahmen zu treffen. Man muß nicht immer dem Auslande allein Schuld geben, sondern auch die Herren im Inlande müssen ihren Beitrag anstehen zur Verhütung der Seuchengefahr. Die kleinen Landwirte haben ja allerdings mit Kummer und Not genug zu kämpfen, aber von den Großgrundbesitzern müssen wir das verlangen. Alle Maßnahmen aber, die Sie ergreifen haben, sind ein Schlag ins Wasser gewesen, wer wirklich den Bauern helfen will, der muß sagen, öffnet die Grenzen, gebt freie Bahn für Handel und Verkehr! (Bravo links.)

Abg. Ricker (natl.):

Der sozialistische Redner versteht von der Landwirtschaft gar nichts! (Beifall rechts, Lachen links.) Gerade der kleine Bauer ist auf die Landwirtschaft angewiesen, meine Herren, und wenn der Bauer Geld hat, meine Herren, dann hat es alle Welt, meine Herren. (Bravo rechts, Lachen links.) Die Arbeiter sitzen Sonntags in den Kneipen, meine Herren, oder in den Tanzsälen, der Bauer trinkt höchstens ein paar Glas Bier, weil es zu mehr nicht langt. Die Landwirtschaft stut uns bittern Schaden und schädigt das ganze Volk, weil die Arbeiter in den Städten unzufrieden gemacht werden. Den Arbeitern ist auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung schon viel zu viel entgegengekommen worden, jetzt wollen die Bauern auch etwas vom Staate haben. Gestern war der erste Tag, wo die Regierung der Landwirtschaft Gehör geschenkt hat. (Bravo rechts, Lachen links.)

Staatssekretär Graf Posadowsky

polemisiert gegen die Ausführungen des Abg. Stolle. Den amtlichen Zahlen gegenüber kann die Behauptung, daß eine Fleischnot existiert, nicht anrecht erhalten bleiben. Auch die Qualität des Viehes hat sich gebessert, und die Schweinezucht hat bei den kleinen und kleinsten Besitzern erhebliche Fortschritte gemacht. Die Viehzucht der Viehzüchter ist gerade für den Kleinbauern von höchster Wichtigkeit. Holland ist zu verurteilen, daß die Sperre durchaus notwendig ist. Nur um den städtischen Konsumenten das Fleisch um ein paar Pfennige zu verbilligen, kann die Landwirtschaft nicht preisgegeben werden. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Haase (nat.-lib.):

Mit dem Verlauf der Debatte und den Erklärungen vom Regierungssitz aus können wir zufrieden sein. Es hat sich herausgestellt, daß von einer Fleischnot nur in ganz geringen Ausnahmefällen die Rede sein kann. Die Linke hat trotz des Geschreis, das sie seit Monaten über die Fleischnot macht, hier nichts bewiesen. Herr Köstke hat überhaupt nur von einer Not in den Grenzdistrikten Oberschlesiens gesprochen. Die ganze Agitation gegen die nimmerfertigen Agrarier hat eine lächerliche Waise geboren. Die Berliner Petition vertritt geradezu das Interesse der ausländischen Viehzucht (Sehr richtig! rechts) und von demselben Geiste war die Rede Köstkes erfüllt. (Sehr richtig! rechts. Widerspruch links.) Gegen die Handelsverträge vertritt es nicht, wenn wir einen ausreichenden Schutz der nationalen Viehzucht verlangen. Unsere heimische Viehzucht ist gerade für den kleinen Landwirt die Quelle des Wohlstandes und deshalb des Schutzes wert.

Abg. Dr. Köstke (Bund der Landwirte):

Wir Agrarier sind mit dem Gange der Debatte durchaus zufrieden. Herr Stolle hat zugegeben, daß das ausländische Fleisch geringeren Nährwert hat als das inländische und wird hoffentlich auch die Folgerung daraus ziehen, daß das ausländische Fleisch zu Gunsten des einheimischen zurückgefallen wird. Seine Angaben über die Schweinezucht sind unrichtig, sie ist beim Kleinbauern größer als beim Großgrundbesitzer. Nach der Statistik entfallen 22 Prozent der Schweinezucht auf die Gutsbezirke, 78 Prozent aber auf die Dörfer. Die Grenzen können erst dann geöffnet werden, wenn im Auslande statistisch dauernde Seucheneinheit festgestellt ist. (Heiterkeit links.) Daß die heimische Viehproduktion für den Inlandsbedarf genügt, davon zeugt u. a. ein Bericht des Berliner Viehmarktes, nach dem ein großer Teil des angebotenen Viehes keine Käufer fand. Die teilweise vorgekommene Preissteigerung ist weniger auf das zu geringe Angebot von Vieh zurückzuführen, als vielmehr auf die Agitation, die beständig mit dem Schlagwort der Fleischnot operiert. (Lachen links.) Auch das Steigen der Löhne der Industriearbeiter hat ein Steigen der Fleischpreise bewirkt. Wo ein Mangel an der Zahl der Schlachtungen stattgefunden hat, da hat lediglich die gesteigerte Fleischeinfuhr aus dem Auslande schuld daran. Wir wünschen diese Einfuhr nicht und freuen uns, daß auch die Regierung ihren Schaden erkannt hat. (Beifall rechts.)

Abg. Müller-Waldeck (Natl.):

Auch meine Partei freut sich über die Debatte. Durch die Grenzsperrn sind die Ländern der Handelsverträge teilweise gut gemacht worden. Nur die Einfuhr amerikanischer Fleisches mußte noch mehr beschränkt werden.

Abg. Dr. Stephan (Centr.):

Als Vertreter des ober-schlesischen Montanbezirks muß ich einige Ausführungen machen. In der Rede des Abg. Dr. Köstke vermißt ich jede Rücksicht auf die Ernährung des Volkes, wenn er z. B. verlangt, daß die russische Grenze vollständig gesperrt werde. Herr von Wangenheim hat das nicht verlangt, wir überhaupt seine Rede vorteilhaft von der des Herrn Dr. Köstke absetzt. (Sehr richtig! im Centr.) Herr Köstke hat auch eine Einfuhr nur für erlaubt erklärt, wenn im Auslande statistisch dauernde Seucheneinheit nachgewiesen ist. Eine völlige Schließung der Grenzen vertritt aber gegen das Gesetz. (Sehr richtig! links und im Centr.) Es ist darauf hingewiesen worden, daß in Oberschlesien das jetzige Kontingent mehr als ausreicht, daß es z. B. in Preußen nicht einmal voll ausgenutzt worden ist. Das liegt aber nur an den eigentlichen Verhältnissen dort, wo die Fleischpreise außerordentlich in die Höhe gegangen sind und daher den Fleischkonsum um allgemeinen vermindern. Ueberhaupt ist dies ein Uebelstand der Kontingentierung: Weil die Händler wissen, wie viel Schweine überhaupt eingeführt werden können, sie unter einander verabreden treffen und die Preise so hoch als möglich fixieren. Die Zahlen des Herrn Dr. Köstke scheinen mir sehr zweifelhafter Natur zu sein, und ich möchte an die verbündeten Regierungen die dringende Bitte richten, im Interesse der Bevölkerung den von Herrn Dr. Köstke vorgelegten Vorschlägen kein Gehör zu schenken. (Beifall im Centr.)

Abg. Ricker (freis. Vg.):

Die Agrarier verlangen heute die völlige Schließung der Grenzen, obwohl 1896 der Herr Landwirtschaftsminister für Preußen im Abgeordnetenhaus selbst betont hat, daß eine weitere Grenzsperrn die Landwirtschaft schädige und geeignet sei, unsere Stellung zu den aus-

wärtigen Mächten zu erschweren. Und heute verlangt Herr Köstke ein striktes Einfuhrverbot, bis eine absolute Seucheneinheit des Auslandes garantiert ist. Das heißt doch einfach eine Schließung der Grenzen (Se immer!)

Es ist ein Schlussantrag eingegangen.

Abg. Singer (Soz.) beantragt namentliche Abstimmung darüber.

Der Schlussantrag wird darauf mit 82 gegen 143 Stimmen abgelehnt.

Preussischer Landwirtschaftsminister Herr v. Santnerlein:

Die Abg. Richter und Köstke kann ich auch jetzt nicht von dem Vorwurfe freisprechen, daß sie mit ihren Äußerungen über den angeblichen Bruch der Handelsverträge durch die von der Regierung verfügten Grenzsperrn Handlungen nicht nationaler Art begangen haben. (Lachen links.) Herr Ricker fragte, warum ich auf das Verlangen des Abg. Köstke nach völliger Grenzsperrn nicht geantwortet habe. Ich habe das nicht für erforderlich erachtet. Die gleiche Forderung ist zwar Tag ein Tag aus von der Presse des Bundes der Landwirte aufgestellt worden, aber stets von der Regierung als unberechtigt zurückgewiesen worden. Mein Standpunkt in der Seuchengefahr ist nach wie vor der: Die Seuchepolitik darf nicht dazu benutzt werden, der Landwirtschaft höhere Viehpreise zu verschaffen, sie kann aber diesen Erfolg ungewollterweise unter Umständen zeitigen. (Beifall.)

Abg. Haase (Sozialdemokrat):

Die Debatte hat bisher den Kernpunkt der Sache noch nicht berührt. Bisher hat man die Doktorfrage behandelt, ob die inländische Landwirtschaft den ganzen deutschen Fleischkonsum decken kann oder nicht. Ich bin nun der Meinung, sie kann es vorläufig nicht und wird es kaum nach ganz bedeutender Verbesserung des Viehstandes können, aber der großen Masse der Bevölkerung ist die ganze Erörterung dieser Frage sehr gleichgültig. Für den Arbeiter, den kleinen Handwerker, Beamten usw. besteht die Fleischnot in der Fleischtheuerung, sie verlangen daher eine Preisermäßigung. Abg. Ricker hat es nun ganz offen gesagt, daß die Grenzsperrn lediglich den Hochverkauf, die Viehpreise zu erhöhen und daselbe geben auch viele mir bekannte sozialdemokratische und freisinnige Großgrundbesitzer in Ostpreußen zu. Diese geben auch Klob und Kar zu, die Preise sind gestiegen. Diesen Klagen gegenüber können die Ausführungen des Herrn Staatssekretärs und des Landwirtschaftsministers auf Grund der Quoten gar nicht belegen. Aus welchen Informationen stammt denn das Material dieser Enquete? Sehr interessant ist es, sich die Stellung der ostpreussischen Landwirtschaftskammer zu dieser Frage zu vergegenwärtigen, die zuerst mit einem Gutachten auf den Plan kam, das den Agrariern sehr reichlichen Stoff zur Agitation gegeben hat. Auf Grund dieses Gutachtens behauptete im vorigen Jahre Abg. Jastrau mir gegenüber, als ich auf die drohende Fleischtheuerung in Königsberg hinwies, diese sei einem südbischen Händler zuguschrieben, welcher der Bevölkerung Monopolpreise diktiere. Uebrigens waren diese Händler sämtlich Christen und nur von Herrn Jastrau zu Agitationszwecken in Juden umgetauft. (Große Heiterkeit.) Diese Behauptung der Ringbildung ist nachweislich völlig falsch. Als dort vor kurzen der Generalsekretär der Landwirtschaftskammer, Roderwald, in einem Vortrag über die Fleischtheuerung Königsbergs dieses Argument wieder vorbrachte, erklärte in der Diskussion ein Landeschlichter, daß die Behauptung von einemlinge unwahr sei. Es seien dort etwa 50 Großschlächter vorhanden, die sich untereinander erbitterte Konkurrenz machten. Auf diese Erklärung hin wurde es im Saale sehr still. Der Sekretär Dr. Roderwald erwiderte, daß seine Angaben dann wohl geändert werden müßten. (Hört! hört! links.) Da haben wir doch allen Grund, dem Material, das der Regierung von der Landwirtschaftskammer zugegangen ist, sehr mißtraulich gegenüberzutreten. (Sehr richtig! links.) Wie die Sachen liegen, hat ja Herr v. d. Gröben-Arenstein, der der Nachfolger des Herrn v. Biby werden wollte, offen ausgesprochen. Ich sage so wie er: was kann aus Einseitigkeit, Eigergierigkeit und Neid herauskommen? (Sehr gut! links.) So wie die Herren hier die probate Methode angewendet haben, könne die Behauptungen aufzustellen und dem Gegner die Beweislast für ihre Unrichtigkeit aufzubürden, so thun sie es auch in anderen Fällen, wo wir dann nicht in der Lage sind, sie durch den Mund ihrer eigenen Bestimmungsgenossen, wie hier durch den Königsberger Fleischmeister zu widerlegen. (Sehr richtig! links.) Herr Haase hat gesagt, daß die Petition des Berliner Magistrats das Stärkste ist, was man der deutschen Volksvertretung zu bieten je gewagt hätte. Ich glaube, die Petition steht immer noch unendlich über sämtlichen agrarischen Leistungen, die des Herrn Haase nicht ausgenommen. (Heiterkeit.) In Königsberg hat die Zahl der Schlachtungen bedeutend abgenommen, weil eine gleichzeitige Zunahme der Bevölkerung. Wir selbst sind bittere Klagen von Handwerkern zugegangen, die bisher der konservativen Partei angehörten. Wenn die Herren von der Rechten die Klagen und Schläge des armen Mannes hören könnten über die Unerschwinglichkeit des Fleischpreises, die würden wohl in ihren Ohren lange nachhallen. (Beifall links.) Bei diesen hohen Fleischpreisen ist die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung auf das Schlimmste gefährdet. (Sehr richtig! links.) Den Nachteil wird schließlich auch die Industrie haben. Und die Klagen kommen aus allen Städten, aus Berlin, Dresden, München, Hamburg, Karlsruhe. Ja, sind denn die städtischen Behörden alle mit Unbliebeit geschlagen, daß sie die Zustände in ihren eigenen Gemeinden nicht kennen? In den östlichen Provinzen sehen sich unsere Behörden über das Gesetz hinweg, wenn sie die Grenzsperrn in dem bisherigen Umfang aufrecht erhalten. Wo ist denn die bedrohliche Seuchengefahr, von der das Gesetz ausdrücklich spricht? So kommt es denn, daß man in den Kreisen der russischen Regierung erklärt hat: Wenn die preussische Regierung jetzt noch die Grenzen sperrt, so ist die Seuchengefahr lediglich ein Vorwand für ganz andere Interessen. (Unruhe rechts.) Die Regierung, die in der Wahrung des Gesetzes der Bevölkerung mit einem Beispiel vorangehen sollte, hat ein sehr schlechtes Beispiel gegeben. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Es sind auch die ostpreussischen Landarbeiter in hellen Scharen zu uns herüber gekommen und haben den Großgrundbesitzern die Heresfolge verweigert, die ihre Macht nur zur Wahrung ihrer engherzigen Klasseninteressen benutzt haben. Fahren Sie nur so fort! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Es ist befremdlich, daß unsere Staatsmänner, die die Unzufriedenheit durch hohe Steuern stets geschürt haben, nicht wenigstens hier etwas thun, um die Quellen der Unzufriedenheit zu verstopfen. Wenn das so weiter geht, dann können Sie überzeugt sein, daß die sozialdemokratischen Stimmen gerade in den ostpreussischen Agrarbezirken ganz erheblich steigen werden. (Dehfter Beifall bei den Sozialdemokraten und links.)

Abg. v. Zauda-Polczynski (Volk):

verteidigt die Aufrechterhaltung der Sperre an der russischen Grenze im Interesse der kleinbäuerlichen Bevölkerung.

Abg. Schreyer (natl.):

polemisiert gegen den Abg. Haase, der mit einem einzigen herausgegriffenen Fall alles beweisen wolle. Es sei ungewiss, ob er beweisen, daß keine Fleischnot herrsche und die Landwirtschaft keinen Fleischwucher treibe. Daß die Seuchengefahr noch besteht, zeigt England, daß sich durch ein gänzlich Einfuhrverbot von lebendem Vieh vor dieser Gefahr noch heute schützt. Wenn die Doktorfrage, ob die deutsche Landwirtschaft fähig sei für den ganzen Fleischkonsum zu sorgen, nicht gelöst wird, dann geht der deutsche Viehstand zu Grunde. (Beifall rechts.)

Staatssekretär Graf Posadowsky

polemisiert gegen den Abg. Haase und weist einen Teil seiner Ausführungen als Verdächtigung zurück. Nachdem noch Abg. Singer (bahr. Bauernbund) die Grenzsperrn verteidigt hat und nach einigen persönlichen Bemerkungen wird die Beratung geschlossen.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr: Militärvorlage. — Schluss 7 1/2 Uhr.

Die Centrumsfraktion des Reichstags war Dienstag abend zusammengetreten, um zur Militärvorlage Stellung zu nehmen. Als vorläufiges Ergebnis wird bezeichnet, daß die Fraktion sich gegen die unbedingte Annahme erklärt und Abschwächungen wünscht. — Als vorläufiges Ergebnis!

Nachrichten aus Magdeburg.

— An den letzten Vorgängen in Magdeburg nimmt wiederum die auswärtige Presse lebhaften Anteil. Nur die hiesige Presse schweigt über das gegen den Medaillen-König Müller gefällte Urteil. Diese Zurückhaltung ist in keiner zweiten Stadt geübt. —

— Dem Wahlkreise Salze-Mischerleben werden in diesem und dem nächsten Jahre eine ganze Anzahl Arbeiter zugeführt werden. Die Gründung der großen Elektrizitätswerke bei Mischerleben ist bereits erwähnt worden, neuerdings dringt die Nachricht von der Gründung einer Munitionsfabrik in die Öffentlichkeit, die in Schönebeck gebaut werden soll. Interessant ist die Bekanntschaft der Personen, die bei dieser Gründung in Frage kommen. Es wird darüber berichtet: Unter dieser Firma ist eine Aktiengesellschaft gegründet worden, die sich mit der Herstellung und dem Vertrieb von Kriegsmunition und Waffen, von Jagdpatronenhälsen, sowie von industriellen Mitteln ähnlicher Art befaßt soll. Das Grundkapital beträgt 1 Million Mark und ist in 1000 Aktien eingeteilt. Als Einlage auf das Grundkapital hat der Fabrikbesitzer Dr. H. Pombors die von ihm erfundene Fabrikationsmethode mit allen Patenten und Rechten eingebracht und als Gegenwert 300 000 Mark in Aktien erhalten. Ferner hat der Fabrikbesitzer Albert Lotte hier bar bezahlte Bestellungen auf Bauarbeiten und Maschinen, die für die Gesellschaft bestimmt sind, eingebracht und dafür seine Kustagen in Höhe von 105 000 Mark in Aktien zurückerhalten. Gründer der Gesellschaft sind die Herren Fabrikbesitzer Albert Lotte, Fabrikbesitzer Hans Hauswirth, Kaufmann Eduard Heinrich, Kaufmann Emil Mühe, Kaufmann Karl Wächter, Kaufmann Heinz Strauß, Altkolonel Gustav Tonne, Leutnant Otto Löwe, sämtlich zu Magdeburg, sowie Kommerzienrat Otto Alldenroß zu Schönebeck und Fabrikbesitzer Dr. Paul Pombors zu Gochsüh (Sachsen-Altenburg). Den Aufsichtsrat bilden die Herren Dr. Pombors, Albert Lotte, Eduard Heinrich, Karl Wächter und Otto Löwe. Vorstandsmitglieder sind die Herren Direktor Wilhelm Junghaus und Bürgermeister a. D. Gustav Wächter, beide zu Gr. Salze. Wie wir sehen, recht respectable Personen, die vermuthlich von der Massenfabrikation von Munition gewaltigen Vorteil erhoffen. Man erhofft die Fabrikation der Munitionverwaltung. Ob diese Hoffnung sich erfüllt, bleibt abzuwarten. Daß die Gründung dieser gewaltigen Fabrik wieder so und so viele selbstständige Existenzen und kleinere Fabriken zu Grunde stampft, ist zweifellos, was natürlich die hier genannten Großfabrikanten und Großkaufleute nicht abhalten wird, nach wie vor für die Erhaltung des Mittelstandes zu kämpfen. —

— Von Seiten der freisinnigen Volkspartei ist eine größere Versammlung in Aussicht genommen, in der ein auswärtiger Redner einen Vortrag halten wird. —

— Die Werkschleuse wird wegen städtischer Kanalbauarbeiten von der Schmiedestraße bis zum Breitenweg bis auf weiteres gesperrt. —

— Anmeldung zur Rekrutierungskammer. Am Sonntagvormittag 9 Uhr haben diejenigen Meldepflichtigen zu erscheinen, deren Name mit den Buchstaben Ha bis Hk beginnt, um 10 Uhr deren Name die Anfangsbuchstaben Hh bis Hk. —

— Unfälle. Der Schüler Kurt S. hat sich dieser Tage beim Turnen ein Verwundenes zugezogen. Dem heiler Wilhelm W. ist in der Nähe von Magdeburg von einem vorbeifahrenden Zuge ein Gegenstand gegen den Arm geschlagen, wodurch der Arm zweimal gebrochen wurde. Das Dienstmädchen Hermine D. ist im Hause der Herrschaft von der Treppe gefallen und hat sich dabei den Fuß verstaucht. Die Verletzten fanden Aufnahme in der städtischen Krankenanstalt. — Der Arbeiter Otto K. aus Langenweddingen ist Dienstag bei der Arbeit in Dödenberg mit dem Fuß in die Transmissionsgerate und hat dadurch eine Unterschenkelverletzung erlitten. Er wurde in die Södenburger Krankenanstalt gebracht. —

Nachrichten aus der Provinz.

Artern. (Zu der Mordverurtheilung.) Die inhaftierte Ehefrau des Bieling sowohl wie der Fleischer Elfe bestritten, daß sie irgendwelche Schuld trage. Der über zugewiesene Bieling befindet sich verhältnismäßig wohl und hat schwerwiegende Auslagen gemacht. Danach hat ihn Elfe zweimal versucht, in die Anstalt zu werfen. Dann hat

sich der Kampf im Chauffee Graben fortgesetzt und mit durch das Eingekommen des Zimmermanns Wilhelm ist Bieling gerettet worden. Daß eine Wundabsicht vorgelegen hat, geht auch daraus hervor, daß an jenem Abend der Bieling von seiner Frau und von Elfe fast mit Gewalt zu der verhängnisvollen Tasse getrieben worden sei. Nur durch langes Zureden und mit Widerwillen hat sich Bieling entschließen können. Die Bieling weiter erzählt, habe ihn seine Frau erst vor kurzem, wahrscheinlich auf Verlangen Elfes, dazu bewogen, ihr gegen Morgen Land, sowie sein Haus käuflich zu schreiben zu lassen. —

Barby. (Selbstmord.) Die 19jährige Elise Wüstenberg, ein belletrisches fleißiges und sauberes Mädchen hat sich am Sonntagabend in der Saale ertränkt. Man nimmt allgemein an, daß Angst vor Verhaftung das Mädchen in den Tod getrieben hat. —

Elleben. (Unterfischung.) Wegen Unterfischung von Wandergeldern wurde am Dienstag der besoldete Stadtrat Schüpfer von der hiesigen Strafkammer zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. —

Wittenberg. (Ausgesetzt.) Ein Deutscher, Namens Friedrich Wilhelm Schulze, der am 21. November v. J. in Lübeck i. Altmark einen Unfallspektor, der ihn beim Willkür überfallen und zu verhaften suchte, ermordet hatte und am 12. Dezember in London verhaftet worden war, wurde dem dortigen Bow-Street-Polizistengerichte vorgeführt, das seine Auslieferung beschloß. —

Zonneberg. (Großfeuer.) Das große Lager von Woll- und Wollewaren und Pelzwaren der Firma Wilschleben hierseits wurde durch einen großen Brand zerstört. Menschen sind der Gefahr glücklicherweise nicht zum Opfer gefallen. —

Nachrichten aus dem Reiche.

Bonn. (Ein Vorkäufel.) Bittliche Hände verstellten in der Nacht die Weichen der Vorkäufelbahn bei Bielefeld und Kamenen. Die Weichen zwischen den Schienen. Infolgedessen sind drei Wagen entgleist. Ein Passagier ist verletzt. Die Täter sind noch unentdeckt. —

Gera. (Wißgeburt.) Eine vielstammige Wittling hat die Frau eines hiesigen Eisenbahnarbeiters geboren. Das Weibchen, das bei der Geburt lebte, alsbald aber verstarb, ist weiblichen Geschlechts und weist zwei vollständig entwickelte Köpfe, doppelte Brustbildung, zwei Herzen, zwei Arme und zwei Beine auf. Im übrigen ist die Entwicklung in jeder Beziehung normal und in gleicher Vollkommenheit noch nicht beobachtet worden. —

Mex. (Einer Kritik wegen erschossen.) Bei dem dieser Tage aus Mex. berichteten Duell zwischen einem Leutnant Molen und einem Altstädter Kaufmann Altmann, war Ursache des Streits eine Kritik vom Kolosseum. Altmann ließ sich der Kritik wegen erschießen. —

Kleine Chronik.

Bei der Bedienung des Gangpflugs auf dem im Hafen von West liegenden Panzerschiff „Medantable“ ereignete sich ein Unglücksfall, durch den ein Offizier und zehn Matrosen verwundet wurden. —

Der Pfander Gemeinderat hat den Herren Corberon de Lanon als den Höchstbietenden den Zuschlag für die Ausbenutzung des Spielplatzes im Aushaus erteilt. Corberon zahlt also jährlich 1755 550 Frank, wozu noch auf Grund der neuen Gemeindeordnung 500 000 Frank als Sonderabgabe kommen — also insgesamt 2 255 550 Frank. Das ist ein um so höheres Schmeicheln, als der bisherige Spielpächter nur 365 000 Frank gezahlt hat. —

Zum ersten Male seit 15 Jahren waren in Brüssel am 9. Januar die liberal denkenden Männer aller Parteien aus ganz Brüssel auf dem Rathhausplatz, als dem klassischen Boden so vieler Kämpfe für die Glaubensfreiheit und Deutsfreiheit, versammelt, um für die Gewissensfreiheit und gegen das klerikale Regiment „zu manifestieren“. Alle liberalen und fortschrittlichen Vereine mit ihren blauen Fahnen und Bannern, alle Vereine des Freidenkertums, der liberalen Blaamen, der Schnitzpennige, die liberalen, wallonischen

und vlämischen Studenten der Hochschulen Brüssels und Brüssels mit ihren Bannern, die Studierenden der polytechnischen Hochschule, Professoren der Universität Brüssel, und alle sozialistischen Arbeitervereine mit einem Walde roter Fahnen und Bannern, Abordnungen aller drei Freimaurerlogen, Bürgermeister, Stadträte, die Führer der liberalen fortschrittlichen und sozialistischen Partei — sie alle waren erschienen und zogen unter den Klängen der Musik durch die Straßen die freudig begrüßenden Zuschauer hindurch nach dem Raavelplatz. In demselben Augenblick brach „die Sonne der Gerechtigkeit“ durch das Dunkel und beleuchtete mit ihren Strahlen das farbenprächtige Bild. Da ereignete sich aber ein Zwischenfall. Der ungitterte Denkmalplatz, auf dem die Standbilder der Vorkämpfer für die Glaubensfreiheit errichtet sind, gehört dem Staate. Die Regierung, die natürlich über diese antiklerikale Kundgebung sehr unruhig erbaut ist, hatte die Gitter schließen und den Einzug der roten Fahnen verbieten lassen. Der Aufzug zog um den Platz herum und umgab ihn. Die Vertreter der Vereine schritten zu dem Standbilde des großen Vorkämpfers Marnix de Sainte-Aldegonde und legten Kränze und Palmen nieder. Mit den ganzen Platz durchdringender Stimme sprach nunmehr vor dem Standbilde des Marnix der Vorsitzende des Freidenkertums, der sozialistische Abgeordnete Turmelet, folgende Worte: „Wir wollen den großen Marnix vor seinem Standbilde feiern, wie es ihm gebührt. Aber die Regierung hat jedoch einen neuen Versuch ihr Willkür und ihrer Unversöhnlichkeit (intransigence) gegeben, sie hat den roten Fahnen der sozialistischen Gruppen den Zutritt zu dieser Parkanlage verboten! Ziehen wir also nach der Halle Saint-Michel und sprechen wir dort!“ „Vivent les gues!“ rief mit Stentorstimme der Führer der Fortschrittspartei Senator Gausson und der ganze Platz erdröhnte unter diesem alten Kampfrufe aus tausend Rachen. Alle Kapellen stimmten das Hymnenlied an; unter diesen Klängen zog man nach jenem Hymnenliede, in dem eine Reihe zündender Reden gehalten wurden. (Vollständige Zeitung.)

Letzte Nachrichten.

Am Mittwochabend war die Zahl der in Krefeld ankommenden Sammelweber auf 800 gestiegen. 6 Fabrike sind befristet. —

In Köln traten einige hundert Sammelweber der mechanischen Webervereine von Hermann Eugen Jacobs und Rudolf Schellkes u. Co. in den Aushaus. —

Eine auf dem Seemannsplatz in Hamburg am Mittwoch angenommene Resolution verlangt die reichsgerichtliche Befestigung der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung für Seelente, der sogenannten Feuerbaute, und die Errichtung allgemeiner Feuerbüros. Schon selbst-Bremser haben referierte über die Arbeiter-Schutzgesetze und beschleunigt ihre Ausdehnung auf die Seelente. —

Briefkasten.

H. W., Neuhaldensleben. Schreiben Sie das Angegebene wieder zurück. — G. R. Der Kirchenvorstand ist zu diesem Vorgehen berechtigt. —

Neue Neustadt-Magdeburg

Schmidtstr. 56

Fr. Kartmann

Neue Neustadt-Magdeburg

Schmidtstr. 56

Großer Reste-Ausverkauf

in allen meinen Artikeln, namentlich:

Kleiderstoffe, Blaudrucks, Barchente, Warps etc.

zu enorm billigen Preisen.

Kaffee

gebrannt, zu

100 Pfg.

hochfein im Geschmack

Kaffee-Rösterei Südenburg

Breiteweg 120.

5 Prozent Rabatt.

Verwand nach außerhalb.

Feinste

Tafel-Margarine

à Pfund 65 Pfg.

(5 Prozent Rabatt)

empfehlen

Wilhelm Stegmann

Neustadt.

* Kanarienhähne billig zu verkaufen.

Alte Henstalt, Hasenstraße 3, Hof. I.

* Corb., Samt-, Filz- u. Lederpantoffeln

billig bei Freye, Ottenbergstr. 3, Laden.

„Ach,“

hört man oft sagen, „wenn ich doch wüßte, wie ich meinen Schnupfen recht schnell los würde?“ Nichts leichter als das! Ein oder einige meiner **Roborant-Dampfbäder** genügen vollst.

Probe-Dampfbad nur 1 Mark

gegen Abgabe dieser Annonce.

E. Soebach's Badeanstalt, Gr. Schulstr. 4.

3473 Lieferant fast sämtlicher

Krankenkassen Magdeburgs und Umgegend.

Gesucht werden:

Unentgeltlicher Arbeitsnachweis der

Gewerkschaften Magdeburgs (Kleine

Klosterstraße 15/16): Ein Schreiner

und zwei Schlosser auf Windenbau,

Tischer, Buchbinder, Stellmacher, Schuh-

macher und Schmiede.

Ein junges Mädchen, 18 Jahre alt, zum

Aufwarten sof. gej. Michaelstr. 57 bei Siebt.

Es suchen Stellung:

Unentgeltlicher Arbeitsnachweis der

* Freundl. Logis, sep. Eingang, nach vorn.

Kl. Klosterstraße 15/16, v., 2 Tr., Schöne.

Adj. Log., Budan, Wangstr. 1, III., Müller.

* **Frdl. Logis** (Ebenzerstr. 48

vorn, 2 Tr.

* Suche Darlehn v. 150 Mk. gegen 10%

Sicherheit. Off. mit. A. H. 16 Exp. d. Bl.

Küchenzettel der Magdeburger

Volkssüchen

Hauptwache 5 und Schmidtstr. 61.

Freitag: Schellfisch mit Salzkartoffeln und

Mostschmause.

Sonabend: Reissuppe mit Rindfleisch.

Große und Kinder-Volkssüchenmarken

sind für Vereine und Herrschaften zur

besten Unterstützung für Kollektende von

12-2 Uhr in den Volkssüchen: Haupt-

wache 5, Neustadt, Schmidtstraße 61,

zu haben.

Küchenzettel des Lehrereinen- und

Damenheim's,

Breiteweg 82, 1 Tr.

Freitag: Erbsensuppe, Bratshollen und

Saltkartoffeln.

Sonabend: Weiße Bohnensuppe, Rind-

fleisch und Sardellenauce, Saltkartoffeln.

Cirkus-
Theater.

10 Uhr:

Max Walden.

Hagenbecks
dress. Tiergruppe.

Vorverkauf- und Saison-
karten gültig!

Bei Einläufen bitten wir unsere

Leser, sich auf die Volks-

stimme beziehen zu wollen.

Wilhelm-Theater.

Freitag, den 13. Januar 1899:

Eine Drillingsmutter.

Sonabend, den 14. Januar 1899:

Neu! Am 1. Male! Neu!
Sein Trick.

Schwan in 3 Akten von Jacobson.

Stadt-Theater.

Freitag, den 13. Januar 1899:

Tristan und Isolde.

Musikdrama in 3 Aufzügen von R. Wagner

Walhalla-Theater.

Jeden Abend:

Große Künstler-

Spezialitäten-Vorstellung.

Breite Weg 193

Magazin Heilbrunn

Breite Weg 194

Magdeburg

Beste Ausverkauft

Posten-Tischlampen

Wabasterfuß 10 " 85 Pf.
Zinkgussfuß 10 " nur 1.50 Mt.
Hochfeine Tischlampen 2.25, 2.50, 2.75, 2.85 Mt.

Kaffeemühlen

Größe I. prima. Nur 1.03 Mt.

Rosshaarbesen Stuhlsitze

1.00, 1.25, 1.50 Mt. pa. hell u. dunkel St. 20 Pf.

Quirlsachen blau Zwiebel, Porzellan, 18 und 25 Pf.

Gewürztageren mit 6 Lönnchen 1.03 Mt.

Bettwärmer

mit Verschraubung, Kupfer 4.25 Mt., verzinkt 2.25 Mt.

Ofenvorsetzer 2-2.95 Mt.

Ofenschirme 3.25-8 Mt.

Jugonleaux für jedes Fenster passend verstellbar, nur 53 Pf.

Amor 3 und 8, Stiefelfett 5, Wäsche 5, Seifenpulver 6, Schweden 7 Pf.
Kopfwasser-Was-Dum 48 Pf. Ampeln, farbig, 145 Pf.

Bürstenwaren

in großer Auswahl und jeder Preislage.

Billig. Billig. Billig.

Britania-Stahlwaren

Eßlöffel 4, 6, 9, 16 Pf.
Theelöffel 4, 5, 6, 10 Pf.
Theeflebe 25 Pf.
Aufgabelöffel!

Gelegenheits-Posten!

Außergewöhnlich billig:

Gruppen, Büsten, Figuren

in hochfeiner Ausführung, tadellos!

Schneidebretter, weiß und blau 11, 13, 15 Pf.
Tassen, echt Porzellan, ff. decoriert, 20 und 23 Pf.
Kammfassen mit Spiegel 23 Pf.
Handtuchhalter, Kirschbaum imit. 30 und 48 Pf.
Brotboxen, ff. lackiert mit Aufschrift 1.85, 2.35 Mt.

Kleider-Bügel

in Kupfer 12 St. 50 Pf.

Echt Elfenbein-Seife Stück 8 Pf.

Cylinder-Puder 7 Pf.

Prima-

Spar-Kernseifen

1 Kiesel = 5 Stück 39 Pf.

Palmen Palmen Palmen Palmen

Kübel bis 3.- Mt.

4 Blatt 65 Pfennig.

6 Blatt 90 Pfennig.

Kübel von 30 Pf. an.

Postkarten-Album 0.95, 1.75 - 2.25 Mt.

Photographie-Album 42, 90 Pf., 1.75, 2.10 - 6.25 Mt.

Schreibzeuge 25, 45 Pf. bis 10 Mt.

Ballfächer rosa, blau, creme Federn Stück 25 Pf.

Blüschsachen

als:
Handschuhkasten, Zeitungsmappen, Taschen, Krawatten-, Manschetten-, Kragenkasten, Arbeitskasten von 48 Pf. an.

Scherzartikel, Postkarten, Tabakspfeifen, Lederwaren.

Steingut

und

Porzellan

Vorratstonnen, blau Zwiebel mit Aufschrift 25 Pf.
Eßig- und Del. 25 Pf., Salz- und Mehlbehälter 25 Pf.
Teller weiß, 5, 6 und 7 Pf., Teller blau Zwiebel, tief 10 Pf.
Kaffeeannen 20, 25, 35, 45 Pf.
Wasserkannen, ff. decoriert, für jeden Preis von 25 Pf. an.
Waschservice komplett 1.35, 1.45 ff. 1.85 Mt.
Waschservice „Wilhelm“ extra groß, ff. decoriert nur 2.85 Mt.
Waschservice „Dresden“ hochfeine Form 4.85 Mt.
Kaffeefervice, echt Porzellan, steilig, ff. Form und Muster 2.00, 2.20, 2.45, 3.25 Mt.
Milchtöpfe blau Zwiebel, echt Porzellan 15, 25, 35 Pf.
Bierunterheber echt Porzellan, so weit Vorrat, 6 Pf.

Grosser Posten
Untertassen
Seifbehälter
Kannen ohne Drehel
Figuren, Töpfe
Waschbecken
Theekannen
Terrinen
Blumentöpfe
Tablettes
Bierseidel
Aufsätze
Compotieren
usw. zu
jedem Preis.

Nationalliberale Massenpolitik.

Nun findet die National-Zeitung eine Antwort auf die scharfen Scheltworte des mächtigen Centralverbandes: Oberhaupt gegen die sozialpolitischen Ansätze des Herrn Wasser-mann. Die National-Zeitung behandelt den Generalsekretär Bueck, „der keiner feindlichen Absicht gegen die national-liberale Partei verdächtig sei“, sehr faust. Sie will es nicht verderben. Sie sieht, wie die nationalliberale Partei in Uneinigkeiten allerlei Art zerfällt und möchte den Wirrwarr nicht verschlimmern.

Insmerhin giebt die National-Zeitung dem Industrie-gewaltigen zu bedenken, ob eine Sozialpolitik, die in „einer Verbindung von Patriarchalismus und Polizei“ bestehe, ge-recht und durchführbar sei, und sie weist den Buedischen Vorwurf zurück, daß eine Sozialpolitik, wie sie Herr Wasser-mann vertreten habe, aus dem Wunsche entspringe, „sich hinfort mehr auf die Massen zu stützen und diesen daher, im Wettbewerb mit den anderen Parteien, möglichst viel zu bieten“.

Das Blatt kennzeichnet seine Stellung zu dieser Be-zichtigung, sich der Demagogie ergeben zu wollen, also: „In dem Artikel der Deutschen Industrie-Zeitung wird die in der Wassermannschen Rede dargelegte Stellungnahme auf ein Verlangen nach Fühlung mit den „Massen“ zurückgeführt. Es kommt darauf an, was man hierunter versteht. Für eine Umschweichelung der Massen, für eine Unterwerfung unter willkürliche Forderungen derselben ist der National-liberalismus seinem ganzen Wesen nach gewiß so ungeeignet, daß er auf derartige Absichten wohl niemals verfallen wird. Aber grundsätzlich auf die „Massen“ verzichten, das hieße in einem Lande des allgemeinen Stimmrechts offenbar, auf die Beteiligung an der Politik verzichten. Ohne „Massen“ kann man wohl in Unternehmer-Verbänden Beschlüsse fassen, aber nicht bei den Wahlen Erfolge erlangen und daher auch nicht auf die Gesetzgebung Einfluß ausüben. Will die In-dustrie, will derjenige Teil derselben, welcher im Central-verband deutscher Industrieller vertreten ist, auf die Be-teiligung an der Politik Verzicht leisten? Doch wohl kaum. Wenn aber nicht, dann müssen die Unternehmer sich klar darüber werden, daß eine Politik, welche ausschließlich Unter-nehmer-Interessen, und wären es die berechtigten, wahr-nehmen wollte, in einem Lande mit allgemeinem Stimmrecht durchaus unmöglich wäre. Sie müssen sich also einer Politik anschließen oder, wenn sie bisher schon dieselbe unterstützten, bei einer Politik ausharren, welche im Rahmen der all-gemeinen nationalen Interessen die unzweifelhaft überaus wichtigen und berechtigten der Großindustrie wahrt; zu den allgemeinen nationalen Interessen aber gehört auch die all-mäßige Einordnung der Arbeiterbewegung in das Ringen gleichberechtigter Faktoren auf gesetzlichem Boden um die Ausgestaltung der staatlichen Einrichtungen.“

Allerdings berührt die National-Zeitung hiermit den Kern der Fragen, um die es sich für die Buedischen Central-verbändler handelt. So unlieb es dem nationalliberalen Organ sein mag, hier klappt ein tiefer Spalt im national-liberalen Lager. Die National-Zeitung nennt Deutschland „ein Land des allgemeinen Stimmrechts“, in dem eine Partei ohne „Masse“ bei den Wahlen keine Erfolge erlangen könne. Ja, das ist eben, diese Voraussetzung reichsbürger-licher Gleichberechtigung, welche das deutsche Reichswahlrecht giebt, ihr gerade gilt der höchste Haß des großindustriellen Feudalismus der Stumm und der Bueck. Bueck-Genossen waren es auch, die nach der Deutschaufener Rede des Kaisers sofort ihre Dank- und Jubeltelegramme losließen.

Der Nationalliberalismus birgt Gegensätze in sich, die bei Gelegenheit zu völligen Auseinanderbersten des Partei-gefüges führen müssen. Die Großkapitalisten der Industrie werden einer noch so zart von sozialpolitischen Ideen an-geschauten Politik nicht Folge leisten, sie werden sich lieber von der nationalliberalen Partei abwenden, denn sie sind allerdings in ihres Herzens Grunde der Meinung, daß Deutschland nicht ein Land des allgemeinen Wahlrechts sei, und daß seine Entwicklung nicht von den Forderungen der Massen, sondern von den Beschlüssen der Unternehmer-Verbände abhängig gemacht werden solle. —

Soziale Bewegung.

Unternehmer-Terrorismus. Die All-gemeine Acetylen-Gesellschaft Prometheus, Gesellschaft mit be-schränkter Haftung zu Leipzig, hat in ihrer vom Rat der Stadt Leipzig geprüften und für zulässig befundenen Arbeitsordnung unter § 10 folgende Bestimmung: Außer den gesetzlich vorgeschriebenen Entlassungsgründen ist für uns auch Grund zur sofortigen Entlassung: Die Mitgliedschaft beim Metallarbeiterverbande und die Bewohnung einer Ver-ammlung desselben. Wohl selten wird dem den Arbeitern gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrecht so ungeniert Hohn gesprochen, wie es hier geschieht. Die Metallarbeiter werden öffentlich für die weiteste Verbreitung dieser famosen Arbeits-ordnung Sorge tragen. —

Die Einreichung der Mitgliederverzeich-nisse der Gewerkschaften, der Zu- und Abgang der Mit-glieder, scheint jetzt allgemein vom Berliner Polizeipräsidium verlangt zu werden. In letzter Zeit haben viele Verbände, die bisher solche Angaben nicht machten, dahingehende Auf-forderungen erhalten. —

In der mechanischen Schuhsabrik von Wielener in Biegnitz sind Differenzen ausgebrochen. —

Der am Montag in Hamburg tagende zweite deutsch-seemanns-Loungreß nahm nach einem Referat Meyers folgende Resolution an: „In Erwägung, daß die in jüngster Zeit zu einer breiten Frage gewordene Herbeiführung einer größeren Sicherheit im Schiffsverkehrsverkehr im enghen Zusammenhang mit der Frage einer Revision der durch die Entwicklung der Seeschifffahrt längst überholten Seemanns-Ordnung von 1872 steht, die Reichsregierung aber, trotz wiederholter Verprechungen ihrerseits, es bisher nicht der Mühe wert gehalten hat, die allseitig als notwendig anerkannte Abänderung dieses veralteten Gesetzes zum endlichen Abschluß zu bringen, beschließt der Kongreß, an die Regierung das Ersuchen zu richten, das Vorraume nachzuholen und dem Reichstage noch während der gegenwärtigen Tagung eine diesbezügliche Vorlage zu unterbreiten. Ferner beschließt der Kongreß: in Erwägung, daß von sämtlichen im Reichstage ver-tretenen Parteien einzig und allein die Vertreter der Sozialdemokratie durch ihr Eintreten für die Anerkennung der Menschenwürde und der staatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten sowie für den Schutz der Gesundheit und des Lebens der 44 000 auf der deutschen Handelsmarine thätigen Seeleute sich des vollen Vertrauens derselben würdig erwiesen haben, die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion zu ermahnen, sich auch ferner der Seeleute anzunehmen und die Lösung der vorliegenden Frage während der gegenwärtigen Tagung des Reichstages mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln anzustreben.“

Das bayerische Ministerium des Innern hat die Re-gierungsbehörden seines Ressorts angewiesen, die Errichtung von kommunalen Arbeitsämtern an den hierzu geeigneten Orten und unter Hinweis auf die hohe volkswirt-schaftliche Bedeutung einer gut organisierten Arbeitsvermittlung nachdrücklichst anzuregen. Die Arbeitsvermittlung werde sich immer erspriesslicher gestalten, wenn die Zahl der be-stehenden Arbeitsämter insbesondere in den größeren in-dustriellen Städten wächst und zwischen diesen und den Centralen ein intensiver Verkehr sich herausbildet. Auf der letzten Konferenz der Vertreter der Gemeinden, deren Arbeits-ämter als Centralen der Arbeitsvermittlung fungieren, ist, wie das Ministerium weiter mitteilt, festgestellt worden, daß sich die nach den Ministerialentscheidungen vom 1. Mai d. J. organisierte Centralisierung des Arbeitsnachweises gut bewährt hat, und daß zu einer grundsätzlichen Aenderung kein Anlaß besteht. —

Die Vereinigung der Invaliditäts- und Krankenversicherung

befürwortet in der Sozialen Praxis der Vorsitzende der In-validitätsversicherungs-Anstalt Berlin, Dr. Richard Freund.

Er schreibt da u. a.: „Invaliditäts- und Krankenver-sicherung gehören nach ihrem innersten Wesen untrennbar zusammen. Invalidität ist der Abschluß einer längeren oder kürzeren Erkrankung, die Stammgäste der Krankenkassen sind die Anwärter für die Invalidenrente. Die Invaliditätsver-sicherung hat das größte Interesse an einer möglichst voll-ständigen Krankenfürsorge, das größte Interesse daran, daß jede Erkrankung gründlich und vollkommen geheilt wird, damit sie nicht den Keim zur künftigen Invalidifizierung legt. Für die Invaliditätsversicherung ist es von Wert, so früh-zeitig wie möglich Einfluß auf die Krankenfürsorge zu er-halten, d. h. also bei Beginn der Erkrankung, und dieses Moment führt notgedrungen zur Verschmelzung beider Ver-sicherungen. In dem jetzt von der Invaliditätsversicherung aufgenommene Kampf gegen die Tuberkulose steht und fällt der Erfolg mit der Verschmelzung beider Versicherungen. Denn nur ein energisches Eingreifen in den allerersten An-fängen der Lungenerkrankung wird es möglich machen, Er-golge zu erzielen, und für dieses Eingreifen ist gegenwärtig nicht die Invaliditätsversicherung, sondern die Krankenver-sicherung zuständig. In engem Zusammenhange hiermit steht die Lösung einer anderen Frage, auf die ich schon vor langer Zeit hingewiesen habe: die Einführung der zeitlich unbe-grenzten Krankenfürsorge. Der gegenwärtige Zustand, wo-nach bei längerer Krankheitsdauer eine Unterbrechung in der sozialpolitischen Fürsorge eintritt, ist unhaltbar: die Kranken-fürsorge muß so lange dauern, als sie nach ärztlichem Er-messen notwendig und zweckmäßig ist, und das Endresultat ist entweder mögliche Wiederherstellung oder Invalidifizierung. Je länger die Krankheit dauert, desto mehr kommt die Familie des erkrankten Versicherten zurück, desto bedürftiger wird sie; es ist ein Hohn auf unsere sozialpolitische Gesetzgebung, daß gerade in dieser kritischen Zeit der Versicherte hilflos dem Glend überlassen wird. Die bisherige Bestimmung, wonach die Invaliditätsversicherung nach 52wöchiger Krankheitsdauer eintritt, ist gänzlich unzulänglich, und auch die in der No-velle enthaltene Verbesserung, wonach schon nach 26wöchiger Dauer die Invaliditätsversicherung einzutreten hat, wird völlige Abhilfe nicht schaffen. Schon jetzt tritt die Invaliditätsver-sicherung in den geeigneten Fällen mit ihrer vorübergehenden Fürsorge nach Ablauf der Krankenversicherungsleistung ein; aber diese Zerteilung der Fürsorgepflicht ist vom Uebel, sie schafft infolge der Vorverhandlungen einen Zwischenraum und verhindert ein planmäßiges energisches Eingreifen der In-validitätsversicherung vom Beginn der Krankheit ab.“

Gegen diese Ausführungen haben wir im wesentlichen prinzipiell nichts einzuwenden. Wir gehen ja bekanntlich noch weiter, indem wir die Vereinheitlichung der gesamten Arbeiterversicherung anstreben.

Dr. Freund sagt dann aber weiter: „Die Verschmelzung beider Versicherungen ist aber auch geeignet, schwere Miß-stände in der bisherigen Organisation der Krankenversicherung zu beseitigen. In den Organen der Krankenversicherung verfügen die Arbeiter über zwei Drittel der Stimmen, die Arbeitgeber nur über ein Drittel. Diese Verteilung ist sozialpolitisch unbedingt zu verwerfen. Der unseren neuen sozialpolitischen Organisationen zu Grunde liegende Gedanke, die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch ihre gemeinschaftliche Thätigkeit bei der Durchführung der sozialpolitischen Aufgaben inniger zu gestalten, die leider sich

vielfach feindlich gegenüberstehenden Gruppen einander näher zu bringen, ist ein durchaus gesunder und richtiger. Das ungleiche Stimmverhältnis zwischen Arbeitgeber und Ar-beitnehmern bringt aber die völlige Ohnmacht der Arbeits-geber mit sich, hat infolgedessen vielfach zu schweren Kon-flikten innerhalb der Verwaltung geführt, öfters mit dem gänzlichen Mißtritt der Arbeitgeber von der Verwaltung geendet und so die bestehenden Gegensätze zwischen Arbeits-geber und Arbeitnehmer noch mehr verhärtet. Eine Organi-sation, in welcher Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam erfolgreich wirken sollen, in welcher dieses gemeinsame Wirken zugleich einen veröhnenden Einfluß ausüben soll, kann nur auf der Basis der Gleichheit des Stimmverhältnisses und des vermittelnden Vorranges eines Unparteiischen begründet werden.“

Mit diesen Ansichten können wir uns nicht einverstanden erklären. Wir glauben, überzeugt sein zu dürfen, daß Dr. Freund das Beste will. Aber er irrt in den wichtigsten Voraussetzungen. Ihm kann doch nicht unbekannt sein, aus welchen Gründen die Unternehmer eine Gleichheit des Stimmverhältnisses fordern. Nicht um eines „gerechten Ausgleichs“ willen, sondern lediglich zu dem Zweck, einen brutalen Terrorismus gegen die Arbeitererschaft und deren Vertreter zu üben. Das Unternehmertum und seine Presse sieht ja in den Arbeitervertretern das „Unsturz-element“, das unter allen Umständen und mit allen Mitteln bekämpft und unschädlich gemacht werden muß. Man erinnere sich des Krankenkassenstreites in Memel und der niederträchtigen Auslassungen der Kölnischen Zeitung, wonach es geboten ist, die Arbeitervertreter in den Versicherungsanstalten zu vergewaltigen.

Es kommt hinzu, daß nach unserem Ermessen den Ar-beitern als diejenigen, welche die Hauptlasten zu tragen haben, für die Versicherung auch eine der Leistung ent-sprechende Vertretung zusteht. Und die Arbeiter haben darauf zu bestehen umso mehr ein gutes Recht, als sie stets die vom Unternehmertum trivial Angegriffenen, Beschimpften, Verleumdeten sind. Was vom „vermittelnden Vorrang“ eines „Unparteiischen“ zu halten ist, lehrt in zahlreichen Fällen die Erfahrung, der „Unparteiische“ ist in der Regel der Parteiführer zu Gunsten der Arbeitgeber. Die Masse des deutschen Unternehmertums hat keinen Anspruch darauf, von den Arbeitern das Vertrauen auf gerechte Gesinnung und praktische Gerechtigkeit zu beanspruchen. Der Effekt der von Dr. Freund vorgeschlagenen Einrichtung würde die Ver-gewaltigung der Arbeiter durch die Unternehmer mit Hilfe des „Unparteiischen“ sein. —

Aus der Parteibewegung.

Das Volksblatt für Anhalt hatte im Jahre 1898 zwei gerichtliche Verurteilungen zu verzeichnen. In beiden Fällen handelte es sich um Beleidigungsprozesse. Das Urteil lautete auf 1 Monat Gefängnis und 30 Mark Geldstrafe.

Gegen den Polizei-Inspektor Bender in Beuthen, sowie gegen den Polizei-Kommissar und mehrere Polizei-Sergeanten dieser Stadt, in der sich jetzt die bekannte Lokalangelegenheit abspielt, sind Strafanzeigen wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt, Hausfriedensbruch, Belei-digung und Bedrohung eingereicht worden. In der Sache gegen Bender wurden bereits Zeugen vernommen; in der Sache gegen Polizei-Sergeant Spellek wegen Beleidigung und Bedrohung (des Genossen Winter) hat der Beuthener Oberbürgermeister dem Beteiligten mitgeteilt, daß er Spellek „Vorhaltungen gemacht“ habe. —

Die Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Biographische Notizen. (Nach eigenen Angaben.)

Ziele, Friedrich Adolf; Redakteur zu Halle a. S.
Wahlkreis: 8. Regierungsbezirk Meißenburg (Rauhauburg-Weißensfeld).
Geb. am 26. September 1853 zu Dresden; Dissident. Besuchte die Volksschule, Realschule und das Seminar. Lehrer an Volksschulen 1874-81, an landwirtschaftlicher Kreissschule 1881-87; Verleger und Redakteur, Buchdruckerbesitzer 1887-94 (Redakteur seit 1894); Redakteur und Verleger der Pädagog. Revue von 1891-95. Stadt-verordneter 1887-91. —

Zuhner, Franz August Adolf; Tischlermeister zu Berlin.
Wahlkreis: 6. Regierungsbezirk Breslau (Breslau Ost).
Geb. am 10. März 1852 zu Berlin; Konfessionslos. Besuchte die St. Hedwigschule zu Berlin 1859-65, 1866-70 das Tischler-handwerk erlernt. Seit 1888 Inhaber eines Möbelgeschäftes in Demin. Bereiste 1872-77 als Tischlergeselle Nord- und Süddeutschland, Desterreich und die Schweiz. 1884-92 Stadtverordneter in Berlin, seit 1898 Mitglied der Gewerbe-Deputation des Magistrats zu Berlin; seit 1892 Mitglied der Einkommensteuer-Berufungskommission daselbst. Mitglied des Reichstages für Breslau-Ost seit 1890. 1880-1888 1. Vorsitzender des Fachvereins der Tischler in Berlin. 1885-89 Redakteur des Berliner Volksblatt. —

Ulrich, Carl; Buchdruckerbesitzer zu Offenbach a. M.
Wahlkreis: 5. Hessen (Offenbach-Dieburg).
Geb. am 28. Januar 1853 zu Braunschweig; freireligiös. Be-suchte die Volksschule in Braunschweig. Lernte Möbelenbauer; arbeitete als Schlosser bzw. Dreher und bereiste Deutschland, die Schweiz und Oesterreich. Von 1875 Redakteur in Offenbach a. M. Seit 1892 Inhaber einer Buchdruckerei. Mitglied des Reichstages seit 1890. Seit 1885 Mitglied der Zweiten Kammer der Stände Sachsen. Seit 1896 Mitglied des Stadtverordneten-Kollegiums der Stadt Offenbach a. M. —

Gerichtliche Urteile.

Arbeitsverpflichtungen nicht erfüllt hat der Schmelzer H. Er ist daraufhin von der Firma F. R. Winter, nachdem er wiederholt verwarnet war, sofort entlassen.

Rechnet alle wesentlich mit Euren Roh ab. Der Arbeiter Sch. fordert von dem Unternehmer Wölkke noch 14.80 Mk., die sich auf mehrere Wochen verteilen. Beklagter bestreitet die Höhe der Forderung, ein

Achtet auf die Kündigungsfristen. Arbeiter K. ist von dem Fuhrherrn Schmiedecke ohne Kündigung entlassen, weil er betrunken gewesen sein so

Die Schleifer Hübl, Schirm und Schröder verlangen von der Firma Kublmann u. Co. 21.—, 42.80, und 39.50 Mark, die ihnen vom Lohn für Bier, Cigarren und dergleichen abgezogen sind.

geb. am 7. März 1850 zu München. Besuchte das Benediktiner-Gymnasium St. Stefan zu Augsburg, trat 1865 als Lehrling in die hiesige Buchdruckerei ein, wurde 1866 Lehrling und nach dem Krieg gegen Preußen mit. Besuchte 1867 den Dienst und ging, noch unter dem Einfluß seiner literarischen Erziehung stehend, nach Rom, um dort ein Jahr als Freiwilliger zu dienen.

Die Arbeitsverpflichtungen nicht erfüllt hat der Schmelzer H. Er ist daraufhin von der Firma F. R. Winter, nachdem er wiederholt verwarnet war, sofort entlassen.

Weil er seinen Arbeitgeber mit Schlägen bedroht hatte, erhielt der Arbeiter W. seine Entlassung. Mit seiner Entschädigungsforderung wird Kläger W. abgewiesen.

Mangelhafte Arbeit hatte der Schlosser E. bei der Firma Lang u. Nikolaus geliefert. Es wurde ihm deswegen von der Firma der Betrag von 6.34 Mk. einbehalten.

Wurm, Emanuel; Chemiker und Schriftsteller zu Berlin.

geb. am 16. September 1857 zu Breslau; moskalt. Besuchte die Gymnasien zu Breslau und Berlin, studierte an der Universität zu Breslau 1876-80 Chemie; leitete Eßig- und Presssäurefabriken in Deutschland und Rußland, redigierte in Oesterreich ein Fachblatt für Spiritus-Industrie, schrieb dann in Deutschland Romane und populärwissenschaftliche Bücher.

2. Ziehung der 1. Klasse 200. Kgl. Preuss. Lotterie.

(Wom 10. bis 12. Januar 1899.) Nur die Gewinne über 60 Mk. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.)

11. Januar 1899, vormittags.

Table with lottery numbers and prizes. Columns include winning numbers (e.g., 9 41 204 60 304) and corresponding prize amounts in marks.

2. Ziehung der 1. Klasse 200. Kgl. Preuss. Lotterie.

(Wom 10. bis 12. Januar 1899.) Nur die Gewinne über 60 Mk. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.)

11. Januar 1899, vormittags.

Table with lottery numbers and prizes. Columns include winning numbers (e.g., 409 44 47 80 88) and corresponding prize amounts in marks.

Budel, Carl Frh; Gakwiet zu Berlin.

geb. am 11. Januar 1848 zu Groß-Weßeln bei Grünberg i. Schl.; Dittbener. Besuchte die Volksschule in Grünberg i. Schl. und später die Gewerbeschule. Erlernte von 14-18 Jahren das Tischlerhandwerk, besuchte auf der Wanderschaft verschiedene Orte Deutschlands; seit 1872 ununterbrochen in Berlin bis zum Jahre 1890 als Tischler tätig gewesen.

Die Privilegierten.

Interessant und in vieler Beziehung lehrreich sind in dem neuen „Handbuch für das preussische Herrenhaus“ für 1899 die Personalverzeichnisse der Mitglieder, abgeschlossen am 31. Dezember 1898.

2. Ziehung der 1. Klasse 200. Kgl. Preuss. Lotterie.

(Wom 10. bis 12. Januar 1899.) Nur die Gewinne über 60 Mk. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.)

11. Januar 1899, nachmittags.

Table with lottery numbers and prizes. Columns include winning numbers (e.g., 148 331 602 715) and corresponding prize amounts in marks.

2. Ziehung der 1. Klasse 200. Kgl. Preuss. Lotterie.

(Wom 10. bis 12. Januar 1899.) Nur die Gewinne über 60 Mk. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.)

11. Januar 1899, nachmittags.

Table with lottery numbers and prizes. Columns include winning numbers (e.g., 64 509 150 28 670) and corresponding prize amounts in marks.

Auf Lebenszeit berufene Mitglieder zählt das Haus 50, und zwar die Inhaber der „vier großen Landesämter“ im Königreich Preußen, den Landhofmeister, den Kanzler, den Obermarschall und den Oberburggrafen, sowie 46 aus „besonderem königlichen Vertrauen“ Berufene.

Dann kommen infolge von Präsentation berufene Mitglieder, 3 Vertreter der Domkapitel, 8 der Grafenverbände der „alten Provinzen“, 12 der „durch andere Verhältnisse“ Familien = Besitz ausgezeichneten Familien, 90 der Verbände des „alten und befestigten Grundbesitzes“.

Abgesehen von den wenigen Vertretern der Städte, der Wissenschaft des Handels und der Industrie (diese auch nur zum Teil) finden wir also im Herrenhause den christlichen Adel preussischer Nation in einer Vollständigkeit vertreten, welche das Herz jedes gerechten Feudalisten mit freudiger Genugthuung erfüllen muß.

Im Gewinnerverzeichnis: 1 Gewinn zu 5000 Mk., 2 zu 500 Mk.

Kleine Chronik.

Ueber den Brand im Münchener Gewerkschaftshaus „Orpheum“, in dem zahlreiche Gewerkschaften ihre Zusammenkünfte abhielten und infolgedessen auch ihre Bibliotheken und Utensilien aufbewahrt, wird noch gemeldet, daß die Gewerkschaften zum großen Teil ihr Inventar aus dem brennenden Vereinshaus retten konnten, doch haben insbesondere die Bibliotheken durch Wasser schwer gelitten. Den Sattlern, die ihr Vereinszimmer in der 2. Etage hatten, ist alles verbrannt, ebenso erleidet der Theaterverein „Thalia“, der am Sonntag Vorstellung geben wollte, großen Schaden. Sämtliche Kostüme und verschiedene Einrichtungen des Vereins sind verloren. Die Gewerkschaften suchten vorläufig meist in den früher innegehabten Bezirkslokalen wieder Unterkommen.

Der Arbeiter Karl Dragowitsch in Berlin wurde in der Nacht zum Sonntag bei einem Streit von einem Kriminalschuttmann erschossen. Nach den Aussagen verschiedener Zeugen soll sich der Schuttmann in Notwehr befinden haben.

Der fleckbriefflich verfolgte Graf Friedrich von Hohenthal, der sich einer über ihn verhängten Gefängnisstrafe durch die Flucht entzog, möchte gern nach Deutschland zurückkehren, aber ohne seine wohlverdiente Strafe abzuschließen. Graf Hohenthal wurde seinerzeit verurteilt, weil er auf einer Schiffsfahrt, die er gemeinsam mit zwei zweifelhafte Mädchen und einem Pferdehändler unternahm, einen Wahnwärtler, der sich im Dienste befand, geprügelt hatte. Nun läßt der Herr Graf durch seinen „Generalsbevollmächtigten“ publizieren, er sei „nervös“ und daher laut ärztlichen Ratschusses nicht im Stande, die mehrmonatige Gefängnisstrafe abzuschließen. Es sei daher auch die „Eislieferung des Steckbrieffes“ beantragt worden.

Herr Franz Meng soll, wie geschichtlich verläutet, die Absicht haben, vom Herbst 1900 ab den alten Circus Meng wieder zu übernehmen.

Die Arbeiten im Simplon-Tunnel sind im Monat Dezember um 143 Meter vorgerückt, 124 Meter auf der Nordseite, 24 auf der Südseite. Die Bohrlänge betrug Ende Dezember 415 Meter.

Einer Meldung aus Turin zufolge sind 30 Unteroffiziere des dortigen Eisenbataillons, welche dem Betriebe der Strecke Turin-Torrepelice zugeteilt waren, verhaftet worden, weil sie seit längerer Zeit große Diebstahle an den von der Bahn zu befördernden Warensendungen ausgeführt haben.

Vereine, Versammlungen, Vergütungen.

Freie Religions-Gesellschaft. Die Gemeinde-Versammlung dieses Monats findet am Freitag, den 13. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in der Vorhalle des Gemeindefaßes statt.

Freitag, 13. Januar:
Männer-Turnverein „Fisch auf“, Magdeburg. Jeden Mittwoch und Freitag Turnstunde im „Drei Kaiserbund“.

Freie Turnerschaft Magdeburg-Wilhelmstadt. Jeden Dienstag und Freitag Turnstunde im Luisenpark.

M. Neustädter Arbeiter-Gesangverein. Jeden Freitag abends 8 1/2 Uhr Übungsstunde im „Weißen Hirsche“.

Arbeiter-Turnverein „Angola“. Jeden Dienstag und Freitag Turnstunde in der Krone, Moldenstraße.

Männer-Gesangverein „Vorwärts“, Alte Neustadt. Jeden Freitag Übungsstunde bei Gentz, Moldenstraße.

Turnverein „Vorwärts“ Sudenburg. Vorstandssitzung. Erscheinen notwendig.

Turnverein „Fahn“, Sudenburg. Jeden Mittwoch und Freitag Turnabend in der „Berbster Bierhalle“, Schöningerstraße 28.

Arbeiter-Turnverein „Vorwärts“, Fernerleben. Jeden Dienstag und Freitag abends 8 Uhr, Turnstunde bei Lausch.

Freie Turner-Vereine. Jeden Dienstag und Freitag abends 8 Uhr, Turnstunde im Lokale des Herrn Poppe.

Arbeiter-Turnverein „Ostenstedt“. Dienstags und Freitags Übungsstunde bei M. Schinke.

Freie Turnerschaft Burg. Jeden Dienstag und Freitag von 8-10 Uhr Turnstunde im „Hoffjäger“.

Freie Tischtennisgesellschaft Burg. Jeden Dienstag und Freitag von 8-10 Uhr Übung im „Hoffjäger“.

Wasserstände.

+ bedeutet über - unter Null.

Anstent und Saale.		Dan		Wuch	
Straußfurt	10. Jan. + 1.10	11. Jan. + 1.10	—	—	—
Erla	+ 1.74	+ 1.70	0.04	—	—
Klebeben	+ 1.58	+ 1.56	0.02	—	—
Berndorf	+ 1.18	+ 1.18	—	—	—
Salze, Oberpegel	+ 1.52	+ 1.51	—	0.02	—
do. Unterpeg.	+ 0.56	+ 0.58	—	0.02	—
Mulde.					
Dessau	10. Jan. + 0.25	11. Jan. + 0.31	—	0.06	—
Muldebrücke	—	—	—	—	—
Flur, Eger, Mosbau.					
Jungbunzlau	9. Jan. + 0.05	10. Jan. + 0.05	—	—	—
Laut	— 0.05	— 0.03	—	0.02	—
Budweis	— 0.02	— 0.04	0.02	—	—
Prag	— 0.29	— 0.40	0.29	—	—
Elbe.					
Radubitz	9. Jan. — 0.08	10. Jan. + 0.02	—	0.06	—
Brandeis	— 0.10	— 0.10	—	—	—
Melmitz	— 0.38	— 0.42	0.04	—	—
Veitmeritz	— 0.33	— 0.30	—	0.03	—
Kühstig	10. —	11. — 0.15	—	—	—
Dresden	— 1.38	— 1.36	—	0.02	—
Torgau	+ 0.52	+ 0.48	0.04	—	—
Wittenberg	+ 1.32	+ 1.28	0.04	—	—
Hoflau	+ 0.75	+ 0.74	0.01	—	—
Barby	+ 1.16	+ 1.16	—	—	—
Schönebeck	+ 1.00	+ 0.97	0.03	—	—
Magdeburg	11. Jan. + 1.12	12. — 1.11	0.01	—	—
Langermünde	10. — 1.78	11. — 1.74	0.04	—	—
Wittenberge	+ 1.51	+ 1.51	0.03	—	—
Dömitz, Pegel	+ 1.02	+ 1.02	—	—	—
Lauenburg	+ 1.14	+ 1.15	—	0.01	—

Margarine

Marke **Crème**, Ersatz für feinste Tafelbutter Pfd. nur 65 Pfg.
 „ **Feine Tafel**, Ersatz für feine Tischbutter „ 60 „
 „ **Flora** zu Koch- und Backzwecken besonders geeignet „ 50 „

bei 5 Pfund Preisermässigung empfiehl

Max Görnemann

Kaiserstraße 91 Hohepfortestraße 35 Lauenzienstraße 9.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
 Filiale Sudenburg.
Versammlung
 Sonnabend, 14. Januar, abds. 8 Uhr in der Berbster Bierhalle, Schöningerstr.

Tages-Ordnung:
 1. Jahresbericht der Ortsverwaltung.
 2. Vorschläge zur Delegiertenwahl zur Generalversammlung.
 3. Berichterstattung von der Konferenz in Wilsdorf.
 4. Verschiedenes.

Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
 Die Ortsverwaltung.

General-Versammlung
 des Central-Verbandes der Handels-,
 Transport- und Verkehrsarbeiter
 Sonnabend, den 14. Januar, abends 8 1/2 Uhr
 im Bürgerhaus, Stephansbrücke 38.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag. 2. Bericht pro 4. Quartal 1898. 3. Wahl der Ortsverwaltung.
 4. Verbands-Angelegenheiten.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Ortsverwaltung.
 NB. Durch Todesfall ist der Bevollmächtigte am Sonnabend verhindert, deshalb hat sich die Tagesordnung wie oben angegeben, geändert. Die Berichterstattung findet in der Februar-Versammlung statt.
 D. O.

Naturheilverein Alte Neustadt.
Frauen-Vortrag
 am Montag, den 16. Januar 1899, abends 8 1/2 Uhr
 im großen Saale der „Krone“, Moldenstraße
 von Frau W. Kreiselmaier, Mingsburg
 über:
 Unfruchtbarkeit, Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett.
 Eintritt 20 Pfennig.

Achtung! Achtung!
Klein-Ottersleben.
 Sonntag, den 15. d. M., nachmittags 4 Uhr:
Großes Preis-Skatspielen
 im Restaurant des Herrn Milius.
 Es ladet ergebenst ein
Heinrich Milius.

Gesellschaftshaus zur Krone.
 Meinen geehrten Gästen zur gefälligen Mitteilung, daß von Sonntag, den 15. d. Mts. ab
Tanzvergnügen bei gut besetztem Orchester
 wieder stattfindet.
Bernhard Sprüde.

Lemsdorf. Zum Deutschen Kaiser.
 Sonntag, den 15. Januar:
Großer Maskenball.

Achtung! Olvenstedt. Achtung!
 Erlaube mir ergebenst anzuzeigen, daß ich das
Geschäft von P. Anders übernommen habe.
 Ich werde bestrebt sein, alle Freunde und Genossen recht zu bedienen und halte das Schuhwarenlager meines Vorgängers zu billigen Preisen bestens empfohlen. Auf Materialwaaren gebe ich Rabatt.

Karl Arnold, Stephanstraße 184.

Freie Religions-Gesellschaft.
 Freitag, den 13. Januar, abends 8 1/2 Uhr
Gemeinde-Versammlung.

Die beliebtesten billigen
Wachstuch-Reste!!
 sind wieder aus der Fabrik eingetroffen, darunter Reste für Kleiderstücke passend, 1 Mr. lang
50 Pf. pr. Stück.
Hugo Nehab
 Spezialgeschäft für
 Sammlwaaren, Wachstuch u. Emolenum
Johannisbergstr. 2
 gegenüber den Rathhausfontainen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltung Magdeburg.
Mitglieder-Versammlungen
 Sonnabend, den 14. Januar, abends 8 Uhr:
Bezirk Buckau
 im Thalia-Saal, Dorotheenstraße 11.

Tages-Ordnung: 1. Die Aufnahme neuer Mitglieder und Beitragszahlung. 2. Wahl des Bezirksleiters und Kassierers. 3. Die Abrechnung von der aufgelösten Filiale Buckau für das 4. Quartal 1898. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Bezirk Neue Neustadt
 im Weißen Hirsche, Friedrichsplatz 2.

Tages-Ordnung: 1. Die Abrechnung der aufgelösten Filiale Neue Neustadt für das 4. Quartal 1898. 2. Wahl eines Bezirksleiters und Kassierers. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. 4. Fragelasten.

Bezirk Magdeb.-Wilhelmstadt
 im Luisenpark, Spielgartenstraße 1c.
Branche der Klempner
 im Lokale des Herrn Grothum, Al. Klosterstraße 15/16.
 Sonntag, den 15. Januar, nachmittags 4 Uhr:
Branche der Feilenhauer
 im Lokale des Herrn Albert Buchlow, Katharinenstraße 5.

Tages-Ordnung in den drei Versammlungen: 1. Abrechnung von den aufgelösten Filialen für das 4. Quartal 1898. 2. Wahl eines Bezirksleiters und Kassierers. 3. Delegiertenwahl zur General-Versammlung in Halle. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Bezirk Gross-Ottersleben
 Sonntag, den 15. Januar, nachm. 4 Uhr
 im Gasthof zum goldenen Stern (Ritter) in Gr.-Ottersleben.

Tages-Ordnung: 1. Die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung im Deutschen Metallarbeiter-Verband. 2. Delegiertenwahl zur Generalversammlung in Halle. 3. Verschiedenes.

Den Mitgliedern teilen wir mit, daß wir die Kassierer der aufgelösten Filialen ersucht haben, die Kassengeschäfte so lange weiterzuführen, bis die Bezirke die Bezirkskassierer gewählt haben. Aus diesem Grunde nehmen die Betroffenen die Beiträge entgegen. Wir ersuchen, die restierenden Beiträge zu entrichten.

Im ferneren ersuchen wir die Mitglieder, die Versammlungen zu besuchen, da auch auf verschiedene Zustände in unserem Verufe aufmerksam gemacht werden wird. Der Buchhalter der Nähmaschinen-Fabrik Lange u. Nikolaus erklärte in der Öffentlichkeit: „Unsere Arbeiter leben mit uns auf dem Kriegsfuß. Wir befinden uns im Belagerungszustand.“

In allen Versammlungen wird Bericht über die Wilsdorfer Konferenz erstattet. Guten Besuch erwartet
Die Ortsverwaltung.

Ich habe einen größeren Vorrat von Resten in Kleiderstoffen, Vordrucken, Leinwand, Bettzeugen usw., mir bessere Sachen, zum vollständigen Ausverkauf bestimmt. Es liegt mir daran, in möglichst kurzer Zeit damit zu räumen, und habe ich deshalb den Preis bedeutend unter den sonstigen Verkaufspreis normiert. Ich bitte meine werthen Kunden, von dieser Gelegenheit recht reichlichen Gebrauch zu machen, indem ich noch darauf hinweise, daß die sonst üblichen direkten Anzeigen per Etikalar diesmal nicht erfolgen. Proben von diesen Resten werden nicht verabfolgt, jedoch ist Umtausch gern gestattet.

Julius Franke
 Magdeburg-Alte Neust.
 Hohepfortestr. 49 a.

Geächtet.

Nachdruck verboten.

Roman von Ferdinand Hermann.

Gerhard hatte jedes Wort von ihrer Unterhaltung vernommen, und bei der letzten Ausrufung des alten Mannes durchdrückte es ihn wie ein elektrischer Schlag. Von welchem Hause sprach er? Hatte ihn nicht Hermann Sebald gesagt, daß sein Vater in Ludwig Rehlens Diensten gestanden? Konnte also von einem anderen Hause die Rede sein, als von demjenigen seines Prinzipals? Ohne daran zu denken, daß der Greis von seiner Anwesenheit bisher noch gar nicht Notiz genommen hatte, ging er rasch auf ihn zu und sagte: „Wenn es eine Möglichkeit giebt, daß ich Ihnen dienen könnte, Herr Sebald, so bitte ich Sie, ganz über meine beschriebenen Kräfte zu verfügen!“

Erstaunt, ja beinahe erschrocken, blickte der Angeredete zu ihm auf, Hermann aber hatte ihn mit wenigen Worten über Gerhards Persönlichkeit aufgeklärt, und jetzt glitt es plötzlich wie ein Schimmer der Hoffnung über die welken Züge des alten Mannes.

Gerhards Hand ergreifend, sagte er: „Wenn Sie einem Unglücklichen, einem Sterbenden den letzten großen Liebesdienst leisten wollen, der ihm auf dieser Erde noch erwiesen werden kann, so öffnen Sie Ihre Augen für das Thun und Treiben jenes Glenden, der allein schuldig ist an meinem Verderben und schuldig ist an jener That, wegen deren man wider göttliches und menschliches Recht mich hier gefangen gesetzt hat. Er allein —“

Weiter konnte er nicht sprechen; denn der Schlichter, der sich bereits ein paar mal geräuspert hatte, fiel ihm jetzt nachdrücklich ins Wort:

„Ich muß darauf aufmerksam machen, daß es den Gefangenen nicht gestattet ist, über diejenigen Dinge, welche mit ihrer Verurteilung im Zusammenhang stehen, mit den Besuchern zu sprechen. Ich habe Ihnen darin schon mehr Freiheit gelassen, als es mir meine Instruktion erlaubt!“

Mühsam ließ der Alte den Kopf sinken.

„Sie hören es! Es soll nicht sein! — Und Sie würden es auch wohl dennoch nicht entdecken haben!“

Gerhard war tief erschüttert und vermochte nichts zu erwidern. Hermann aber legte seinen Arm um die Schultern des Alten und begann mit ihm von anderen Dingen zu sprechen; von dem friedlichen, häuslichen Leben, das er mit Schwester Marianne führe und von dem stillen Glück, das den Vater erwarpte, wenn er erst wieder mit ihnen vereint sein würde. Der Greis schüttelte zu allem wehmütig den Kopf, und als Hermann zuletzt leise fragte, ob er nicht endlich auch Marianne gelassen wolle, ihn zu besuchen, da lachte er sogar beinahe heftig empor und rief:

„Nein, nein und tausendmal nein! Wie oft habe ich es Dir schon wiederholt! — Es wäre mein Tod, wenn ich sie an diesem Orte sehen müßte! Mag mich alle Welt in der Straflingskammer erblicken, — nur meine Tochter nicht!“

Hermann hatte Mühe, den Aufgeregten zu beruhigen; Gerhard aber war dem armen Gefangenen dankbar für viele entschiedene Weigerung, den Besuch seiner Tochter hier zu empfangen. Auch er empfand den Gedanken, das junge Mädchen an diesem unheimlich traurigen Orte zu sehen, wäre eine unerhörte Zumutung, und dabei ertappte er sich zugleich auf einer sehnsüchtigen Regung, wieder in ihrem trankischen Säulchen zu stehen und in ihre eruchten, klaren, braunen Augen zu blicken. Sein Wunsch sollte rascher in Erfüllung gehen, als er geglaubt; denn der Schlichter mahnte daran, daß die zulässige Besuchsdauer bereits überschritten sei, und daß er den Gefangenen in seine Zelle zurückführen müsse. Mit einem tiefen Seufzen erhob sich Sebald, von seinem Sohn unterstützt, und wandte zur Thür. Schluchzend erstickte seine Abschiedsworte, aber auf der Schwelle wandte er sich noch einmal nach Gerhard um und rief ihm mit beinahe überlauter Stimme zu:

„Denken Sie an mich! — Er heißt Müncheberg!“

Der Schlichter legte ihm die Hand an die Schulter und schob ihn mit sanfter Gewalt hinaus, zugleich den beiden Besuchern durch eine Gebärde bedeutend, daß es auch für sie an der Zeit sei, sich zu entfernen. Sie sahen noch, wie der alte Mann den langen hallenden Korridor hinabgeführt wurde, wie er selbst sich der Stiege zuwenden mußten; und seine zusammengeknüllte, gebrochene Haltung war Zeugnis genug dafür, daß seine Vermutungen über eine baldige Bekehrung durch den Allerbarmen Tod nur zu wohlberechtigter seien.

Beim Verlassen des düsteren Hauses sprachen sie kein Wort mit einander; schweigend schritten sie durch den Vorhof und an dem Wachtposten vorbei, und erst, als das Gefängnis weit hinter ihnen lag, blies Hermann, der mit mächtigen Schritten vorausgeeilt war, tief aufatmend stehen und kühlte seinen Hut, um die heiße Stirn zu kühlen.

„Sie haben jetzt gesehen, wie's um meine Familienverhältnisse bestellt ist, Hermann,“ sagte er bitter. „Da drüben scheidet sich der Weg. Der eine ist der, den wir gekommen sind, der andere führt in die innere Stadt — nach der Gegend von Ludwig Rehlens Hause. Aber wenn es Ihnen genehm ist, können wir uns ja auch hier schon Lebewohl sagen!“

„Und warum Lebewohl?“ fragte Gerhard. „Wollen Sie mir denn nicht gestatten, Sie noch einmal in Ihre Wohnung zu begleiten?“

Hermann sah ihn ernst und durchdringend an.

„Es ist hübsch von Ihnen, daß Sie rücksichtsvoll genug sind, mir nicht ins Gesicht zu sagen, daß Sie mit den Kindern eines Straflings nichts mehr zu thun haben wollen! — Aber

ich bin kein Feind vom Henkel und hasse das, was man so gemeinhin Mitleid nennt, bis in den Tod!“

„Aber mein Gott, wie kommen Sie zu diesem Mißtrauen in meine Aufrichtigkeit? Wodurch sollte meine Achtung, meine Freundschaft für Sie beeinflusst sein und warum wollen Sie mich jetzt zurückweisen, jetzt, wo ich eine schwache Hoffnung habe, Ihnen nützlich zu sein?“

„Sie haben mich noch nicht einmal gefragt, welchen Verbrechens wegen mein Vater zu einer entehrenden Strafe verurteilt worden ist.“

„Ich weiß, daß Sie es mir ohnedies sagen werden, und es hat auch nur eine geringe Bedeutung für mich, denn nach dem, was ich eben gesehen habe, würden alle Gerichtshöfe der Welt mich nicht mehr dazu bringen, an Ihres Vaters Schuld zu glauben!“

Aufrichtiger und herzlicher konnte diese Versicherung schwerlich ausgesprochen werden, und jede weitere Prüfung wäre in der That eine Belästigung für Gerhard gewesen. So wendete ihm dann Hermann die Hand, hielt die feintige lange — in warmem Trud umhüllten und sagte:

„Ich danke Ihnen mein Freund! — Ich hatte es im Grunde nicht anders erwartet! Und nun kommen Sie mit mir! In der Gegenwart meiner Schwester sollen Sie alles erfahren!“

(Fortsetzung folgt.)

Feierabend.

Draußen vor den Thoren der Stadt spannt sich ein grauer, verräucherter Himmel über einen Wald von schmutzigen Schornsteinen.

Die Fabrikpfeifen haben das Feierabendsignal gegeben, das Stampfen der Maschinen hat aufgehört, und aus den weitgeöffneten Fenstern der Fabrik wälzt sich ein dichter Menschenstrom heraus.

Erst kommt ein jüngerer Mensch, dann andere, erst zu zweien, dann zu größeren Trupps.

Um einen grandwürdigen älteren Arbeiter drängen sich verschiedene jüngere Kollegen und suchen auf ihn einzusprechen. Der Alte giebt nur kurze, abgerissene Antworten und geht schleppend seinen Heimweg fort. Er ist seit dreißig Jahren in der Fabrik thätig und hat jahraus jahrein immer seine Schuldigkeit gethan. Jetzt ist ein neuer Meister in die Fabrik gekommen, in welcher der Alte arbeitet. Der neue Meister möchte gern Neuerungen einführen und sich bei seinen Vorgesetzten lieb Kind machen; er giebt viel auf sein Neuhäres, ist forsch und energisch; das ist ein Ueberbleibsel aus seiner Soldatenzeit. —

Der Alte ist dem neuen Meister schon vom ersten Tage an ein Dorn im Auge. Der Alte hat etwas Starres, Unbeugbares an sich, das er, gestützt auf sein Alter und seine jahrelange Facherfahrung, offen zur Schau tragen zu dürfen glaubt. Außerdem belächelte der neue Meister vor einigen Tagen den Alten, wie er einen jüngeren Kollegen während der Frühstückspause zum Beitritt in die gewerkschaftliche Fachorganisation aufforderte, zu deren Vorstand der Alte gehörte.

In den nächsten Tagen chikanirte der Meister den Alten, wo er nur irgend konnte; er gab ihm die schlechteste Arbeit und hatte stets etwas zu tadeln. Schließlich arbeitete ihm der Alte zu langsam, so daß er vorgehen konnte, ihn deswegen Lohnabzüge machen zu können. Die Beschwerden des Alten bei der Direktion ergaben nur, daß man ihm die Wahl stellte, entweder aus dem Vorstand der Gewerkschaft auszutreten, oder, trotz seiner langjährigen treuen Dienste, die Arbeit zu verlassen.

Da ging der Alte . . . Er, der dreißig lange Jahre frisch und fröhlich mit dem Jüngsten um die Wette gearbeitet, geht heute mit müden, verklärten Augen und mit krummen Rücken. Er haßt nicht die Faust. Er sieht heute zum ersten Male, daß er alt geworden ist, und daß er dort drüben im Dienst der Maschinen Kraft und Saft eines Menschenlebens verloren hat.

Er weiß, daß er keine Arbeit mehr finden wird! . . . „Dreißig Jahre! dreißig Jahre!“ Er schüttelt langsam den grauen Kopf und schwankt weiter. — — —

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Die Aufführung des vieraktigen Lustspiels „Unser Käthchen“ von Theodor Herzl im Wiener Burgtheater ist plötzlich verboten worden. Die Proben waren bereits im Gange. Es kommt in dem Stück eine Arbeiter-scene vor. —

In Südwest-Afrika werden gegenwärtig junge Strauße zu Zuchtzwecken angekauft. — Die Kommission zur Ausführung von Gradmessungen in Spitzbergen hat am Dienstag ihre Thätigkeit begonnen. —

Die Sklaverei der Bühnengehörigen.

Im „Offenen Sprechsaal“ der letzten Nummer der Deutschen Bühnengelehrten-Vereinigung wird ein Stück moderner Hörigkeit enthüllt, wie es schlimmer kaum gedacht werden kann. Am Hoftheater in K. war die Stelle einer Solotänzerin zu besetzen. Die persönliche Meldung einer Dame war erfolglos, dagegen wurde sie durch die Theateragentur A. engagiert, nachdem sie einen jener berüchtigten Reversen unterschrieben hatte, wie sie im Künstlerleben leider gang und gäbe sind. E. mußte 5 Prozent ihres Gesamteinkommens für die ganze Dauer ihres Engagements an die Agentur A. zahlen, auch bei einer ohne Zutun des Agenten erfolgten Vertragsverlängerung; ja „selbst wenn ich“, so schreibt das Fräulein, „das Engagement verlassen und später

wieder mit der betr. Intendant ohne Zutun des Agenten kontrahieren sollte, auch für den Fall, daß mein Einkommen an der betreffenden Bühne sich erhöhen sollte.“ Dieser Satz trat denn auch ein, indem die Dame noch Balletmeisterin wurde und ihr Gehalt sich von 4000 auf 5500 Mark erhöhte. Und zwar geschah diese Erhöhung ohne jedwede

Zuthun der Agentur, es war ausschließlich eine Anerkennung der Leistungen. Da der Inhaber der Agentur mittlerweile verstorben war, so verlangte der Rechtsanwalt W. als Vertreter der Erben auch 5 Prozent Provision von der 1500 Mark Gehaltserhöhung.

Die Redaktion der Bühnengelehrten-Vereinigung hält es für ungesetzlich, daß auf diese Weise jemand Zeit seines Lebens in wirtschaftliche Abhängigkeit versetzt würde. Sie giebt der Dame die Zahlungen sämtlich einzustellen und an Aufhebung des Kontraktes zu klagen. Auch wir wüßten vorläufig keinen besseren Rat, als ihnen aber daran die Mahnung an die Bühnengehörigen heften wie niederen Grades anknüpfen, sich zur Hinweglassung bedauerlicher Ungehörlichkeiten zusammenzuschließen, alle gegenseitige Verharmelung nur den falschen Stillsitzerstolz beiseite zu lassen, um sich durch gemeinsame Kämpfe eine würdige wirtschaftliche Position zu verschaffen. —

Der Untergang der Erde am 13. November 1899.

Der Untergang der Erde beschäftigte am Freitag die Deutsche Gesellschaft von Freunden der Photographie, die zahlreich in der Aula der Kriegsakademie versammelt war. Halb hat bekanntlich darauf aufmerksam gemacht, daß am genannten Tage unsere Erde mit einem Kometen, dem 1826 vom Hauptmann Biela in Josephstadt entdeckt und nach ihm benannten, zusammenstoßen wird, und manch ängstliches Gemüt hat aus dieser kosmischen Katastrophe das zeitliche Ende unserer Erde schließen wollen.

Der Redner des Abends, Dozent Jens Lützen, verwehte durch Wort und Bild diese Geängstigten zu beruhigen. Daß ein derartiger Zusammenstoß mit dem Bielischen Kometen in der Zeit zwischen dem 12. und 14. November d. J. stattfinden wird, ist sicher und dagegen wird sich nichts machen lassen, aber die Folgen dieses Zusammenstoßes werden nicht die Erde, sondern höchstens den Kometen treffen. Es ist bekannt, daß man die sonst am Himmel erkennbaren Sterne selbst durch den stärksten Schweiß eines Kometen noch wahrnehmen kann, während beispielsweise schon eine dünne

Mäuschenwolke den Anblick der Sterne hindert. Die Kometen müssen demnach überaus lockere Gebilde sein, und dies gilt in erhöhtem Maße von dem Bielischen Kometen, dessen Umlaufzeit auf etwa 6 1/2 Jahre berechnet und durch wiederholte Wiederkehr bestätigt wurde, der in den letzten Jahrzehnten aber nicht mehr wahrnehmbar ist und sich somit aller Wahrscheinlichkeit nach immer mehr und mehr aufgelöst hat, indem er infolge sogenannter Störungen seine Materie längs des von ihm zurückgelegten Weges zerstreut hat. Dieses Zerstreuen ist nun aber bei dem Bielischen Kometen nicht gleichmäßig erfolgt, und infolge dessen trifft unsere Erde nur in gewissen größeren Zeitabschnitten auf solche zerstreute Stoffe und zwar in jedem Jahrhundert dreimal, in den Jahren 33, 66 und 99. Der Bielische Komet gleicht in dieser Form etwa einem Müllenschwarm. Durch ihn wird die Erde ohne jede Störung auch diesmal hindurchgehen können, vom Kometen selbst aber werden größere oder kleinere Theilchen an der Erde haften bleiben und für uns als Sternschnuppen in der Erscheinung treten. Die einzige Folge des „Zusammenstoßes“ wird ein prächtiger Sternschnuppenfall sein, wie er auch zur gleichen Zeit der Jahre 1833 und 1866 beobachtet ist. 1833 hat Humboldt mit seinen Assistenten allein in einer einzigen Stunde 25 000 Sternschnuppen festgestellt. Jedes Mal, wenn eine Sternschnuppe ausleuchtet, vollzieht sich überhaupt ein Zusammenstoß und derartige Zusammenstöße finden im geringeren Maße täglich statt. Man nimmt an, daß durchschnittlich pro Tag eine Million Sternschnuppen die Erde kreuzen, an Tagen, wie der 13. November d. J. einer sein wird, steigt diese Zahl in die Hunderte von Millionen, die natürlich bei weitem nicht alle für das menschliche Auge in Erscheinung treten. Nun ist es ja nicht zu leugnen, daß unter den Körpern, mit denen die Erde am 13. November zusammenstößt, auch einzelne größere sich befinden können, die in der Form der Meteore niedersinken, und es ist auch nicht im Abrede zu stellen, daß ein derartiger Meteor einen Menschen erschlagen kann. Aber auch deshalb braucht man vor dem 13. November keine Angst zu haben, denn die Statistik hat gezeigt, daß in jedem Jahrhundert nur einmal ein Mensch durch ein Meteor erschlagen wird — und für dies zur Meige gehende Jahrhundert ist dieser eine Mensch schon erschlagen! —

Heiteres.

Zwangsfrage. Zwei Stunden nach Schluß der Apotheke zieht ein kleiner Junge die Nachtschloß und verlangt: „Fürn Sechser kleinrentner.“ Apotheker: „Junge, den kannst Du doch auch vor 10 kaufen.“ Junge: „Nein, zehn Pfennig hab' ich nicht, ich hab' blos en Sechser.“ —

Neel bedient. Weinreisender: „Diese Marke kann ich Ihnen ganz besonders empfehlen. Wenn Sie den Wein . . .“

„Neel bedient. Weinreisender: „Diese Marke kann ich Ihnen ganz besonders empfehlen. Wenn Sie den Wein . . .“

„Neel bedient. Weinreisender: „Diese Marke kann ich Ihnen ganz besonders empfehlen. Wenn Sie den Wein . . .“

„Neel bedient. Weinreisender: „Diese Marke kann ich Ihnen ganz besonders empfehlen. Wenn Sie den Wein . . .“

„Neel bedient. Weinreisender: „Diese Marke kann ich Ihnen ganz besonders empfehlen. Wenn Sie den Wein . . .“

„Neel bedient. Weinreisender: „Diese Marke kann ich Ihnen ganz besonders empfehlen. Wenn Sie den Wein . . .“

„Neel bedient. Weinreisender: „Diese Marke kann ich Ihnen ganz besonders empfehlen. Wenn Sie den Wein . . .“

„Neel bedient. Weinreisender: „Diese Marke kann ich Ihnen ganz besonders empfehlen. Wenn Sie den Wein . . .“

„Neel bedient. Weinreisender: „Diese Marke kann ich Ihnen ganz besonders empfehlen. Wenn Sie den Wein . . .“

„Neel bedient. Weinreisender: „Diese Marke kann ich Ihnen ganz besonders empfehlen. Wenn Sie den Wein . . .“

„Neel bedient. Weinreisender: „Diese Marke kann ich Ihnen ganz besonders empfehlen. Wenn Sie den Wein . . .“

„Neel bedient. Weinreisender: „Diese Marke kann ich Ihnen ganz besonders empfehlen. Wenn Sie den Wein . . .“

„Neel bedient. Weinreisender: „Diese Marke kann ich Ihnen ganz besonders empfehlen. Wenn Sie den Wein . . .“

„Neel bedient. Weinreisender: „Diese Marke kann ich Ihnen ganz besonders empfehlen. Wenn Sie den Wein . . .“

„Neel bedient. Weinreisender: „Diese Marke kann ich Ihnen ganz besonders empfehlen. Wenn Sie den Wein . . .“

„Neel bedient. Weinreisender: „Diese Marke kann ich Ihnen ganz besonders empfehlen. Wenn Sie den Wein . . .“

„Neel bedient. Weinreisender: „Diese Marke kann ich Ihnen ganz besonders empfehlen. Wenn Sie den Wein . . .“

„Neel bedient. Weinreisender: „Diese Marke kann ich Ihnen ganz besonders empfehlen. Wenn Sie den Wein . . .“